

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und Chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Pettzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Not!

Habt ihr nie auf bleiche Wangen
 Heiße Tränen rinnen sehn —
 Hörtet nie ihr um Erbarmen
 Mit ersticker Stimme flehn?
 Sahet ihr nie in milde Augen,
 Wo erschosen fast der Blick
 Und vernahmt ihr nie das Schluchzen
 Nach verlorren Lebensglück?
 Kammet nie ihr angstvoll Ringen
 Um das harte, täglich Brot —
 O, dann habt ihr nie erfahren,
 Wie so weh sie tut — die Not!
 Doch wenn ihr verschont geblieben
 Und ihr lebt in Glück und Fried —
 Helft — daß auch in arme Herzen,
 Doch ein Glückeschimmer zieht!
 Otilie Gehles.

Das Unterstützungswesen im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband.

hat in den letzten Jahren eine Entwicklung, ja Ausartung genommen, die vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus als unhaltbar bezeichnet werden muß. Es ist geradezu eine Ironie, wie diese sozialdemokratischen Klassenkämpfer zu Unterstützungsmenschen heruntergekommen sind. Die kleinen und großen Agitatoren betreiben die Agitation nicht mehr auf Grund ihres scheinbar unbeswinglichen Zukunftsideals, sondern mit der schäbigsten Schmutzkonzurrenz unter fortwährender Anpreisung ihrer scheinbar hohen Unterstützungen. Hierdurch haben sie aber nicht bloß ihre eigenen Leute zu Klassen- und Unterstützungsmenschen korumpiert, sondern in diesem Sinne auch auf die Mitglieder anderer Organisationen eingewirkt.

Die Folgen dieser Taktik haben sich auch seit Jahren gezeigt: alles ging im Unterstützungswesen auf. Den Kämpfen mußte der sozialdemokratische Verband ängstlich aus dem Wege gehen, weil kein Geld vorhanden ist. Das vernünftige Denken scheint bei einem großen Teil der Mitglieder jenes Verbandes vollständig geschwunden zu sein. Die Mitglieder mußten doch selbst zur Ueberzeugung kommen, wenn alles für laufende Unterstützungen verpulvert wird, daß dann nichts mehr für Kämpfe übrig bleibt. Daß die Metallarbeiter Deutschlands den Metallindustriellen gegenüber heute zur Ohnmacht verurteilt sind, haben sie an erster Stelle dem überspannten Unterstützungswesen, wie es der sozialdemokratische Metallarbeiterverband zuerst eingeführt, zu verdanken.

Das widerspenstige, disziplinslose Gebahren der Mitgliedschaften, wie es zur Zeit in Stettin und bei dem Streikerkampf in Mannheim zutage trat, macht das Bild nur noch widerlicher; denn es zeigt, daß diese Massen gar keine Ahnung haben von der eigentlichen finanziellen Lage des Verbandes, und daß dieselben auch nicht nach dieser Richtung hin erzogen werden. Nicht mit Unrecht geben die Hirsch-Dunderfischen Blätter dem soziald. Metallarbeiterverband häufig den Vorwurf zurück, daß derselbe die S.-D. Unterstützungstaktik schon weit überflügelt, und die gewerkschaftliche Organisation zu einer Unterstützungskasse degradiert habe.

Daß im sozialdemokratischen Verband die Dinge diesen Lauf nehmen, könnte uns ja am letzten Ende gleichgültig sein, wenn nicht bei der Größe dieser Organisation die Gesamtheit der Metallarbeiter mehr oder weniger den Schaden zu tragen hätte. Es wird sich jetzt zeigen, ob im sozialdemokratischen Verband noch ein Rest gewerkschaftlicher Geist herrscht, oder ob es im gleichen Tempo weiter gehen soll. Zur Zeit stehen sich die Anschauungen noch ungeklärt gegenüber.

Da sich die sozialdemokratische Schmutzkonzurrenz, besonders der Kleinaagitatoren in den Werkstätten mit

den angeblich höheren Unterstützungen vornehmlich gegen unsern Verband richtet, sind wir genötigt, mehrere Verlautbarungen, wie sie in den letzten Nummern der „Metallarbeiter-Zeitung“ erschienen, auch an dieser Stelle des näheren zu beleuchten, da sie beweisen, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in seinem Unterstützungswesen Einleer zu halten gezwungen ist.

Der Vorstand genannten Verbandes muß jetzt selbst darauf hinweisen, daß die bisherige Finanzwirtschaft nicht mehr haltbar ist, weil Einnahmen und Ausgaben in keinem richtigen Verhältnis zu einander stehen. Den größten Teil der Ausgaben verschlingt die Erwerbslosenunterstützung; hier liegt der wunde Punkt des bisherigen Zustandes. Der soziald. Verband hat da den schweren Fehler gemacht, die Höhe dieser Unterstützungsart viel zu hoch festzusetzen. Aber dieses nicht allein; die Unterstützungsjucht ging so weit, daß aus lauter Mitgliederhungers jede Aussetzungsbüchse vergütet werden soll, daneben treibt die Lokalunterstützungswut die tollsten Orgien.

Vor uns liegt das Ortsstatut der Ortsverwaltung Bielefeld, welche unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Severing steht. Für 10 Pfg. wöchentliches Lokalbeitrag sollen daselbst von 100 bis 200 Mark Sterbeunterstützung aus der Lokalkasse gezahlt werden. Die gleiche Summe auch beim Todesfall der Ehefrau, oder des nächsten Angehörigen bei lebigen Mitgliedern. Außerdem soll vom vierten Tage ab Arbeitslosenunterstützung gezahlt, auch bei Streiks etc. noch besondere Unterstützung gewährt werden. Höher kann der Unterstützungsunfug in einer Gewerkschaft schon gar nicht mehr getrieben werden.

Man bedenke, bei 10 Pfg. Beitrag sollen allein bis 400 Mark Sterberegeln gewährt werden. Rund 80 Jahre hätte ein Mitglied zu zahlen, bis diese Summe eingezahlt ist, die sonstigen Unterstützungen nicht eingerechnet. Daß selbst sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete ihren Mitgliedern die Undurchführbarkeit solcher Einrichtungen nicht klar machen können oder wollen, ist bezeichnend für die Zustände, welche in diesem Lager eingetreten sind. Es darf dann kein Wunder nehmen, daß bei solchen Umständen jeder Idealismus verloren geht und nur kraffer schmöder Egoismus übrig bleibt.

Leider haben an manchen Stellen die Zustände im sozialdemokratischen Lager auch auf unsern Verband und die Kollegen abgefärbt; besonders in Bielefeld und Schwäbisch-Gmünd ist dieses zu verzeichnen. Hoffentlich genügen diese Hinweise bei unsern Kollegen, um den Auswüchsen der Unterstützungsbestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Unsere Zentrale wird ihnen hierbei tatkräftig zur Seite stehen. Die Mitglieder unseres Verbandes müssen sich aufraffen und trotz aller sozialdemokratischen Gegenströmungen ihre eigenen Wege gehen. Sie dürfen sich nicht herbeilassen, jeden Unfug im sozialdemokratischen Lager nachzuäffen, da solches nur zum Ruin führen würde.

Ein deutlicher Beweis dafür sind die Zustände im sozialdemokratischen Verband, der trotz seiner angeblichen 360 000 Mitglieder infolge seiner schlechten Finanzlage nur ein Kolloß auf tönernen Füßen und gegenüber den koalitierten Metallindustriellen vollständig machtlos ist. Auf der Generalversammlung des soziald. Verbandes 1907 in München wurden die Beiträge um 10 Pf. erhöht, was zur Sanierung der Finanzen aber auch noch nicht genügt hat, wie aus den eigenen nachstehenden Darlegungen des sozialdemokratischen Verbandsvorstandes zu ersehen ist. Der soziald. Münchener Verbandstag hat neben der Beitragserhöhung dann auch eine Kommission eingesetzt, die eine Vorlage betr. Einführung von Staffelbeiträgen ausarbeiten und dem nächsten Verbandstag (Ende Mai ds. J. in Hamburg) vorlegen sollte. Diese Vorlage ist in Nr. 7 der „Met.-Ztg.“ veröffentlicht worden. Bei einer näheren Durchsicht dieser Vorlage muß sich jeder mit dem Unterstützungswesen halbwegs Vertrauener erlaube fragen, ob es denn

wirklich Gewerkschaftsführer gewesen sind, die etwas derartiges ernstlich in Vorschlag bringen konnten. Da fehlt jede rechnerische Unterlage und der soziald. Verband müßte mit der Annahme dieses Entwurfs aus dem Unterstützungstagen in die Traufe kommen. Wie ein schlechter Miß liest es sich, daß die Kommission auch noch bei dieser „Berechnung“ im ernststen Ton von einer Stärkung der Verbandskasse reden will. So soll z. B. gemäß dieser Vorlage für einen Wochenbeitrag von 45 Pfg. Erwerbslosenunterstützung von 4—6 Mk. pro Woche im Gesamtbetrag von 80—120 Mk. in 72 aufeinanderfolgenden Wochen gewährt werden. Aus einer Reihe von Orten wurde uns schon berichtet, daß Anhänger des sozialdemokratischen Verbandes mit diesen Unterstützungsmaßen freudig gehen und unsere Mitglieder gegen den christl. Metallarbeiter-Verband zu muten verpöhlen. Das war allerdings sehr verführt, weil dieser Vorschlag rechnerisch ganz undurchführbar ist, oder der sozialdemokratische Verband müßte sich in eine Versicherungskasse gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit umwandeln.

Die neueste Nummer (11) der „Met.-Ztg.“ bietet nun ein sehr erbauliches Schauspiel. Da unterbreitet der Vorstand des soziald. Verbandes ganz andere Anträge zur Generalversammlung und bezeichnet in seiner Begründung die Vorschläge der vom letzten Verbandstag eingesetzten Kommission als nicht diskutierbar. — Ein wirklich schönes Durcheinander, das auf die Zustände in jener Organisation ein mehr wie sonderbares Licht wirft. — Die Anträge des Stuttgarter Verbandsvorstandes lassen den bisherigen Beitrag bestehen, wollen dagegen durch eine Einschränkung der Unterstützungen und Beseitigung der Aussektagsunterstützung die Finanzkalamität beheben. Demgemäß soll die Erwerbslosenunterstützung wie folgt geregelt werden:

Die Erwerbslosenunterstützung wird in 78 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 120 Tage gewährt und beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer

von 52 bis 156 Wochen	für männliche Mitglieder		für weibliche und jugendlich männliche Mitglieder	
	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
über 156	1,16 $\frac{1}{2}$	8	50 Pfg.	3,—
" 260	1,22 $\frac{1}{2}$	9	58 $\frac{1}{2}$	3,30
" 364	1,28 $\frac{1}{2}$	9	66 $\frac{1}{2}$	4,—
" 468	1,34 $\frac{1}{2}$	10	75	4,50
" 572	1,40 $\frac{1}{2}$	10	83 $\frac{1}{2}$	5,—

Die Gesamtsumme der in 78 aufeinanderfolgenden Wochen zu erhebenden Erwerbslosenunterstützung darf einschließlich des etwa erhobenen Reisegeldes oder der etwa erhobenen Umzugsunterstützung bei einer Mitgliedschaftsdauer

von 52 bis 156 Wochen	für männliche Mitglieder		für weibliche und jugendlich männliche Mitglieder	
	120 Mk.	60 Mk.	70 Mk.	40 Mk.
über 156	140	70	80	40
" 260	160	80	90	45
" 364	180	90	100	50
" 468	200	100	110	55

nicht übersteigen und darf ein Mitglied nur dann Unterstützung, Reisegeld oder Erwerbslosenunterstützung erhalten, wenn vom jeweiligen Erhebungstag 78 Wochen zurückgerechnet die obige Summe in diesen 78 Wochen von ihm noch nicht voll erhoben worden ist.

Mitglieder, die nach Vollendung ihres 50. Lebensjahres eintreten, sollen nur 6 Mk. Erwerbslosenunterstützung ohne Steigerung erhalten. Ferner soll die zu den schlimmsten Auswüchsen führende Unterstützung der Aussektage beseitigt werden. Zur Begründung dieser wesentlichen Herabminderung der Unterstützungen führt der soziald. Verbandsvorstand u. a. folgendes an:

Begründung. Die Begründung ergibt sich aus den bläherigen Erfahrungen und aus der jetzigen Geschäftslage. Die letztere läßt eine Erhöhung der Beiträge jetzt unmöglich erscheinen. Man hat mehrfach bemängelt, daß der Verband sich bei seinen Vorjahren zur Einigung der Arbeitslosen und namentlich bei der Umwandlung dieser zur Erwerbslosenunterstützung verrechnet habe. Wenn das nicht bestritten werden kann und soll, so ist keine trübende noch niemand in der Lage, einwandfrei festzu-

hellen, wo hoch der Bedarf an Mitteln für die Erwerbslosenunterstützung eigentlich sein müßte. Wenn die Berechnungen des Vorstandes nicht das Richtige getroffen haben, so liegt dies daran, daß zunächst die Unterlagen zu der Berechnung nicht genügt, außerdem aber auch daran, daß sowohl das Jahr 1907 wie 1908 mit Krankheiten außerordentlich stark belastet waren. Das zeigt sich besonders in den ersten Quartalen der betreffenden Jahre im Verband wie in Krankenkassen. Wollte man nach dieser Belastung den Betrag berechnen, so könnte man leicht den ungelebten Fehler begehen, den man dem Vorstand zum Vorwurf macht. Bemerkenswert mag aber noch werden, daß sich die Beschlässe der Generalversammlungen nicht immer in den Grenzen der Vorschläge des Vorstandes hielten.

Wenn auch davor gewarnt werden muß, aus der letzten stärksten Belastung des Verbandes durch Unterstellungen irgendwelcher vorläufigen Schlässe auf die fernere Durchführbarkeit der Unterstützungsrichtungen zu ziehen, so ist die Notwendigkeit, Einnahmen und Ausgaben einigermassen auszugleichen, dennoch vorhanden.

Wie oben gesagt, ist bei dem letzten schlechten Geschäftsgang an eine Erhöhung oder Verringerung der Beiträge der Mitglieder nicht zu denken. Auch der Vorschlag der Kommission zur Prüfung der Durchführbarkeit von Stufenbeiträgen erscheint dem Vorstand nicht als gut, weil er, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten seiner Durchführung, diesen Ausgleich nicht schafft. Von uns gesperrt. Neb. des. Der deutsche Metallarbeiter.) Die einzige Möglichkeit, diesen Ausgleich herbeizuführen, erblickt der Vorstand in den obigen Vorschlägen, die sich in einigen Punkten seinen ersten Vorschlägen nähern, ohne die Mehrzahl der vorhandenen Mitglieder in ihren Rechten zu stark zu treffen.

Die wesentlichen Vorschläge zur Ausgleitung des Mißverhältnisses in der Leistung des Verbandes an die Mitglieder zu den Leistungen der letzteren an den Verband bestehen:

1. in der Verlängerung der Aufrechnungszeit,
2. in der Verlängerung der Steigerungsfristen,
3. in der Aufhebung der Unterstützung beim Aussehen mit der Arbeit,
4. im Schutz vor gewohnheitsmäßigen und gewerbsmäßigen „Kassenzübern“.

Es folgt hierauf noch eine nähere Begründung für die Verlängerung der Aufrechnungszeit wie Steigerungsfristen. Eingehend wird dann das vollständig ungerichtete Unterstützungssystem für die Aussetzung der gestrichelten, worauf wir in einem weiteren Artikel noch näher zurückkommen werden. Die Gründe, die der soziald. Vorstand jetzt gegen die Ueberwucherung des Unterstützungsmessens ins Feld führt, sind schon wiederholt von uns dargelegt worden. Die jetzige Stellungnahme des Stuttgarter Vorstandes ist somit eine Bestätigung der Wichtigkeit jener Bestrebungen und Ansichten, von der sich die Leitung unseres Verbandes im Unterstützungsweien leiten ließ. Die Zustände im soziald. Verband wie dessen wilde Konkurrenz färben natürlich auch auf unsere Mitglieder ab und leider ließen sich manche Kollegen dadurch soweit blenden, daß sie gern alle kostspieligen Extratouren auch in unserer Organisation nachgelassen hätten. Im Interesse der Gesamtmetallarbeiterchaft kann es daher nur begrüßt werden, wenn der soziald. Verband endlich Einkehr hält und eine Reform seiner Finanzen vornimmt und damit auch der unlauteren Konkurrenz den Boden entzieht.

Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1908.

I.

Das verfloßene Jahr war für die christliche Gewerkschaftsbewegung, an größeren Lohnbewegungen und Kämpfen gemessen, nicht so ereignisreich, wie sein Vorgänger. Das Jahr 1908 hand unter dem Zeichen der Wirtschaftskrise; sie legte der Taktik der gewerkschaftlichen Organisationen mancherlei Beschränkungen auf. Doch steht heute schon fest, daß die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen auch die diesmalige Krise ohne großen Mitgliederverlust überstehen werden. Für die christlichen Gewerkschaften ist dieser Umstand besonders bedeutungsvoll, weil sie zum erstenmal dem Druck einer Wirtschaftskrise ausgesetzt sind. Die letzte Krise (1900—1902), tra noch die meisten Verbände christlicher Richtung, sowohl äußerlich wie innerlich, völlig unentwickelt an; erst die folgende Aufschwungsperiode ließ den christlichen Gewerkschaftsgedanken anspringen; die während dieser Zeit erzielten materiellen Erfolge begünstigten die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften und steigerten im schnellsten Tempo die Opferfreudigkeit ihrer Anhänger. Die seit Jahresfrist veränderte wirtschaftliche Konstellation hat das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihren Organisationen nicht zu erschüttern vermocht.

Die wichtigsten Begebenheiten für die allgemeine gewerkschaftliche Geschichte waren wohl im Berichtsjahre die großen Tarifabschlüsse im Baugewerbe, im Maler- und Schneidergewerbe, sowie in der Holzindustrie, und die Tatsache, daß man nun auch im sozialdemokratischen Lager ernsthaft gegen eine Ueberwindung der Beschränkungen in der Gewerkschaftsbewegung Stellung nimmt. Als wir aus Anlaß der diesjährigen Vorläufigen Versammlung in der hiesigen Textilindustrie vor drei Jahren einer beschränkten Mitbestimmung der an dem Kampfe beteiligten Kollegen gegenüber der Gesamtmitgliedschaft eines Verbandes, mit Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterverbände, das

Wort rodeten, wurden wir, insbesondere von der sozialdemokratischen Parteipresse, heftig angegriffen. Im verfloßenen Jahre konnte man beobachten, wie der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in Dresden und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband bei den Kämpfen beim „Vulkan“ in Stettin und bei den Streikbewerben in Mannheim die gleiche Taktik beobachteten, wegen deren Bestürzung wir vor drei Jahren „Arbeiterrecht“ betreiben haben so tief und mit „Unfähigkeit in der Streikführung“ angefallen wurden.

An Stelle der etwas zurückgetretenen Lohnkämpfe hatte die christliche Gewerkschaftsbewegung in 1908 bedeutendere grundsätzliche Kämpfe auszutragen: wir nennen die Differenzen um den Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes, den sogenannten „Fall Behrens“ und die Begleiterscheinungen der Züricher Konferenz. Ueber die letztere Frage haben wir schon im letzten Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften unsere Meinung gesagt, so daß sich ein nochmaliges Daraufergehen erübrigt. Dagegen erscheinen über die

Begleiterscheinungen der Züricher Konferenz

noch einige zusammenfassende Bemerkungen angebracht. Daß einzelne der in Zürich gemachten und teils verschärft in der Presse wiedergegebenen Ausführungen in einer weniger mißverständlichen Form hätten geschehen können, ist bereits früher zugegeben worden. Aber damit wird nicht der Kern der Sache berührt. In Zürich sollte laut und deutlich ausgesprochen werden, daß die christlichen Berufsorganisationen für sich die gleiche Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit beanspruchen, die den Berufsorganisationen anderer Interessengruppen bisher noch von keiner Seite freiwillig gemacht wurde. Und das ist es, wogegen die Anhänger der katholischen Fachabteilungen sich mit solch großem Kraft- und Mühewand wehren. Bei dem gegenwärtigen Kölner Verzeistreit kamen die denkbar größten Ueberschreitungen des Koalitionsprinzips vor. Die Verzeistorganisation erklärte kurzerhand, daß „vom 1. Februar ab auch Familienangehörigen der Kassennmitglieder selbst nicht gegen Bezahlung und unter keinen Umständen behandelt werden“. Also auch Sterbende nicht! Wo haben sich die christlichen Gewerkschaften jemals ähnliches moralisch verwerflicher Kampfmittel bedient? Dabei berührt es uns äußerst seltsam, daß „Berliner Arbeiter“, „Trierische Landeszeitung“, „Stimmen von Maria-Thaas“, „Historisch-politische Blätter“ usw., die gegenüber den christlichen Gewerkschaften in Auslegung der Moralphilosophie und in Wahrung der kirchlichen Autorität sich als überreifige Kapitolwächler gebärden, in Sachen der bezeichneten ärztlichen Organisationserklärung dagegen noch kein Wort des Tadelns gefunden haben.

Das ist es, was bei der Praktizierung des Berliner Systems die christlich organisierten Arbeiter empört; den Arbeitern, und ausnahmslos den Arbeitern, die keine 6000 M. Einkommen beziehen wie die Kölner Ärzte, wird eine Organisationsform zu emuliert, die sie praktisch unjähig macht, ihre wirtschaftlichen Interessen auch nur halbwegs befriedigend wahrzunehmen.

Nach Zürich hielten die katholischen Fachabteilungsführer ihre Stunde erst recht für gekommen; sie übten sich fleißig in Unterstellungen und krankhaften Konstruktionen und verbrauchten zur Bekämpfung der christl. Gewerkschaften einen schier unübersehbaren Aufwand an Zeit, Kraft und Kosten, womit einer besseren Sache mehr gedient hätte werden können. Ihre Absicht, den christlichen Gewerkschaften einen entscheidenden Schlag zu versetzen, haben indes die katholischen Fachabteilungen nicht erreicht; eher kann das Gegenteil festgestellt werden. Der Werbeständigung der christl. Gewerkschaften hat bei diesem an Schärfe gegenseitig nicht zu überbietenden Kampf eine bedeutende Förderung erfahren. Festgehalten verdient bei dem Kampfe auch noch die Erscheinung, daß den katholischen Fachabteilungen zufolge die christlichen Gewerkschaften den kirchlichen Behörden gegenüber viel zu weit gingen, wohingegen sozialdemokratische Blätter christl. Gewerkschaftsführern „Rückgratlosigkeit“, „devotes Zusammenknicken“, „leber Selbständigkeit bar“ zum Vorwurfe machten. Der Sozialdemokratie es recht machen zu wollen, konnte allerdings bei diesem Kampfe ebensowenig wie bei vielen anderen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften sein. Zudem zeigt besonders die norddeutsche Sozialdemokratie für das reichliche Gebiet ein solch geringes Verständnis, daß eine Auseinandersetzung mit ihr über dergleichen Fragen sich nicht lohnt.

Dann brachte das verfloßene Jahr das lange und vielgeforderte

Reichsvereinsgesetz.

Es kam indes nicht in der Fassung zustande, wie es das Interesse der Gewerkschaftsbewegung erheischte. Die Ausführungsbestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten sind sehr verschieden, so daß die Gewerkschaftsjunktionen vor wie nach hauptsächlich mit den einzelnen Landesverordnungen und behördlichen Geplögenheiten vertraut sein müssen. Der Vorstand des Gesamtverbandes petitionierte an die gesetzgebenden Körperschaften, es möge mit Rücksicht auf die verhältnismäßig große Zahl der in den verschiedenen Bundesstaaten in der Arbeit er entae, en

dem Regierungsentwurf, auch die Zulässigkeit fremder Sprachen in Versammlungen gesetzlich festgelegt werden. Diesem Ersuchen ist indes nicht stattgegeben worden; dem anderen Teile der Gesamtverbandspetition, der von den weitgehenden Strafbestimmungen und der Anzeigepflicht handelte, ist im Gesetz mehr Rechnung getragen.

In jüngster Zeit ist nun auf Grund des Reichsvereinsgesetzes das Schöffengericht zu Düren dazu übergegangen, sowohl die Zahlstelle des Verbandes christl. Bauhandwerker wie den Arbeitervertreterverein ein und das Ortsstell der christl. Gewerkschaften als politische Vereine zu erklären. Nach dem alten preussischen Vereinsgesetz galten Ortsstell überhaupt nicht als Vereine. Die christlichen Gewerkschaften erkennen natürlich das Dürener Schöffengerichtsurteil nicht ohne weiteres an. Sollten indes die höheren Gerichte das erstinstanzliche Urteil bestätigen, so wäre die deutsche Gewerkschaftsbewegung mit dem Reichsvereinsgesetz richtig vom Regen in die Traufe gekommen.

Im Februar 1908 veröffentlichte die Regierung den

Gesetzentwurf betreffend Arbeitskammern.

Der Gesetzentwurf wurde zur öffentlichen Kritik gestellt, bevor er dem Reichstag zuzuging. Und das war gut so. Auch das Zentralblatt und die übrige christliche Gewerkschaftspresse beileigten sich eingehend an der Besprechung und hatten viel an dem Gesetzentwurf auszusagen. Einen Teil der ausgesprochenen Wünsche hat nun der Reichstag im Dezember vorgelegte Gesetzentwurf, der gegenwärtig in einer Kommission beraten wird, berücksichtigt. Von Interesse ist die Feststellung, daß lediglich die christlichen Arbeiterorganisationen sich stets und konsequent für paritätische Kammern ausgesprochen haben, die der Gesetzentwurf der Regierung vorliegt. Die Sozialdemokratie plädierte ehemals für paritätische Kammern und hat sich nun, seitdem der Kölner Kongreß der sozialdemokratischen Gewerkschaften (1905) sich für reine Arbeiterkammern aussprach, für diese festgelegt.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine forderten auf ihrem vorletzten Verbandstag in Hannover (1904) reine Arbeiterkammern, sprachen sich aber inzwischen durch einen Beschluß des Zentralrates für paritätische Kammern aus. Die stärkste unter den Hirsch-Dunderschen Organisationen, der Gewerksverein der Maschinenbauer, stört sich nicht an diesen Zentralratsbeschlüssen und tritt vor wie nach für Arbeiterkammern ein. Er sagt: für ihn ständen Verbandstags (Kongreß-)beschlüsse über jene des Zentralrats und hat schließlich damit garnicht unrecht. Imponierend ist ebenfalls dieses Durcheinander im Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinslager nicht.

Die Führung der deutschen Arbeitgeberverbände dagegen möchte keinerlei diesbezügliche gesetzliche Institutionen, und da sie solche nicht mehr verhindern kann, spricht sie sich bezeichnenderweise für reine Arbeiterkammern aus. Dieses verdächtige Verhalten ist schließlich ein weiterer Beitrag dafür, daß die christlichen Arbeiterorganisationen mit ihrer Forderung nach paritätischen Kammern sich von vornherein auf dem richtigen Wege befinden.

Das Verhältnis zwischen christl. Gewerkschaften und Konsumvereinen

Ist noch kein völlig geklärtes. In den Textilbezirken Aachen und M.-Glabach, wurden bekanntlich ehemals sogenannte christliche Gewerkschaftskonsumvereine gebildet. Sie gelangten indes, wegen ihres abgeklärten Personalkreises nie recht zur Blüte. Inzwischen bildeten sich in Bezirken, in denen die Konsumvereinsbewegung sich enge mit der Sozialdemokratie verwaschen zeigte, allgemeine Konsumvereine christlicher Richtung. Sie umfassen neben andern Mitgliedern auch meist den gleichen Personalkreis wie die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine. Die bezeichneten Konsumvereine beinhalten sich an vielen Orten noch in den Kinderschuhen und stellen nicht selten in ihrer Leitung mit den christlichen Gewerkschaften eine Personalunion dar. Das hatte zur Folge, daß für Vorgänge in den Konsumvereinen man die christlichen Gewerkschaften und umgekehrt einander verantwortlich machte, wodurch in einzelnen Orten, besonders im Ruhrrevier, eine größere Schädigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu beobachten war. Es erschien daher die Ausarbeitung einiger Richtlinien angebracht, die in Nr. 1 1909 des Zentralblattes zur Veröffentlichung gelangten.

Es ist selbstverständlich, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung der Konsumvereinsbewegung freundlich gegenübersteht, womit aber nicht gesagt ist, daß überall da, wo kaum christliche Gewerkschaften eingeführt sind, ein Konsumvereinsladen zu errichten sich empfiehlt. In der Regel müssen zuerst die Kräfte für die Gewerkschaftsbewegung konzentriert werden und ist auf deren Ausbau Bedacht zu nehmen. Bei zu frühzeitiger Zerstückelung der Kräfte auf beide Bewegungen gelangt meist keine zur Prosperation, womit dann weder der Zweck der Gewerkschaften noch der der Konsumvereine erreicht wird. Vor leichtfertigen Konsumvereinsgründungen kann nicht dringend genug gewarnt werden. Da die Westdeutschen vereinigen Konsumvereine christlicher Richtung sich bereits an einem Verbände zusammengeschlossen haben,

sollte sich kaum noch ein Konsumverein bilden, der sich nicht vorher bei diesem Rat einholen und ihn natürlich auch befolgt.

Zur Weiterbildung der Gewerkschaftsangehörigen fand sowohl im vorigen wie im laufenden Jahre stets nach den Wchnachtsfeiertagen beginnend ein vierzehntägiger Kursus statt, mit einem den Bedürfnissen unserer Bewegung angepassten Programm. Die jahraus, jahrein in den einzelnen Bezirken und Orten tätigen, bespibeten Funktionäre bedürfen zeitweiser Anregungen und Anweisungen, da ihnen vielfach die nötige Zeit zum Selbststudium abgeht. Sonst würde schließlich die Agitation verflachen, was sich auf die Dauer für unsere Bewegung bitter rächen müßte. Auch ist es für eine Bewegung, die jährlich mehrere hunderttausend Mark für die Agitation aufwenden muß, nicht einerlei, wie diese Ausgaben sowohl nach der kaufmännischen wie erzieherischen Seite verbraucht werden. Die Betteinteilung und die Pflege einer geeigneten Registratur spielen dabei eine außerordentlich große Rolle.

Es ist sonach grundrberfekt, wenn Bezirks- und Lokalbureaus während des ganzen Tages für den allgemeinen Verkehr geöffnet sind. Damit wird die Arbeitskraft des Angestellten verbraucht, ohne daß er die Zeit zur geistigen Weiterbildung, notwendigen Sammlung und zu sonstigen durchaus wichtigen Arbeiten findet. Deputierte müssen dann schließlich in aller Eile und ohne die gebührende Sorgfalt gemacht werden, sobald Glediegenes dabei nur in den seltensten Fällen herauskommen kann. Die Beamten, ohne Ausnahmen, schulden der Bewegung mehr als bloß den täglichen Verkehr mit den Kollegen abzuwickeln und abends in Versammlungen und Sitzungen tätig zu sein. Sie müssen ihr Wirkungsgebiet nach den verschiedensten Richtungen erforschen, um nach allen Seiten, sowohl ihrer Organisation wie auch den Kollegen selbst bei Durchführung der Organisationsbestrebungen zuverlässig dienen zu können. Das selbentige Einarbeiten in diese vielgestaltigen Aufgaben macht es zur Notwendigkeit, daß überall tagsüber feste Sprech- und Besprechstunden angesetzt werden, die allerdings für die Ortsverhältnisse und Kollegen günstig zu legen und von diesen aber auch einhalten sind. Die besuchsfreie Zeit ist dann zweckmäßig einzuteilen und planmäßig für die Organisationsbedürfnisse auszunutzen. Mit einer richtigen Zeiteinteilung kann der Organisation besser gedient werden, ohne daß deswegen der auf bestimmte Stunden konzentrierte Bureauverkehr mehr als der Organisation zuträglich gekürzt zu werden braucht.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wirkungen und Folgen der Wohnungsnot

sind in den vorausgegangenen Artikeln kurz angebeutet worden. Die minderbemittelte Bevölkerung wird aufs äußerste zusammengedrängt. Mehrere Familien oft ziehen zusammen in eine Wohnung; das Altermietwesen mit all seinen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren blüht. Von niemanden, der sich einigermassen mit der Wohnungsfrage beschäftigt hat, wird bestritten werden können, daß enge überfüllte Wohnungen die Ursachen so mancher Krankheit sind und namentlich die Verbreitung der Tuberkulose fördern. An dieser Krankheit allein sterben im deutschen Reich über 1000 000 Personen jährlich. Eine überfüllte, enge Wohnung kann nicht genügend rein gehalten werden. Der Luftraum ist ungenügend, die Bewohner einer solchen sind in steter persönlicher Berührung. Die Absonderung von Kranken ist nicht möglich. Die Uebertragung von Krankheitskeimen ist leicht gemacht. Daher ist es erklärlich, daß in den Arbeiterwohnungen und Arbeitervierteln der Städte die Sterblichkeit eine größere ist, als in den Wohnungen der Wohlhabenden. Schon in der zartesten Jugend ist der Proletarier gesundheitlichen Gefahren in hohem Maße ausgesetzt.

Man denke eine enge Wohnung, oft nur ein oder zwei Räume, sie wird auch noch zum Kochen und Waschen benutzt, ihre Fenster, vielleicht nach einem dumpfen Hofraum hinausliegend, werden geschlossen gehalten, damit von den kleinen Kindern abgürzt, sie ist kein richtiger Aufenthalt für ein Kind mit noch wenig entwickelter Lunge. Dazu kommt ein Mangel an Betten, das Zusammenschlafen mit andern, daher ungenügende Nachtruhe, Dinge, die dazu beitragen, die körperliche Entwicklung zu beeinträchtigen und zu hemmen. Jene Bevölkerungsschichten, die gezwungen sind, lauernd in engen, überfüllten, schlecht gelüfteten Wohnräumen zu hausen, werden in ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit herabgedrückt. Sie haben so recht keinen Ort, wo sie sich nach der Arbeit erholen können.

Die ungemüßliche enge Wohnung drängt den Arbeiter und Familienvater oft dazu, andere Gesellschafte aufzusuchen, anstatt in Kreise seiner Familie sich zu erholen, geht er in die Kneipe, schädigt dort weiter seine Gesundheit und vergeudet seinen sauer verdienten Lohn. So wird also durch schlechte Wohnungsverhältnisse die Gesundheit und Lebenshaltung ebenso wie die soziale Stellung des einzelnen und von Familien oft ganz beeinträchtigt.

Dazu kommen noch die sittlichen Schäden. Wo Männlein und Weiblein, Groß und Klein, Lehrlinge und Verheiratete eng zusammenwohnen, infolge mangel an Schlafstätten zusammenschlafen, da gedeiht nur allzuoft die Unsitlichkeit. In dem antiken Bericht über die Wohnungsverhältnisse im Olen Mühlens vom Jahre 1907 findet sich folgende Stelle: „Der über 15 Jahre alte Sohn und die Dienstmagd schlafen in demselben Raum. In einem Zimmer schlafen: zwei Schlafgeher, der erwachsene Sohn und die erwachsene Tochter. Einen gemeinsamen Schlafraum haben die beiden erwachsenen Tochter und der Schlafgeher. Eine Witwe schläft in einem Raum mit ihrer 15-jährigen Tochter und dem 26-jährigen Sohn; durch diesen Raum ist der Zugang zu dem Schlafraum des Schlafgängers. Eltern, drei Söhne von 15, 17 und 19 Jahren und zwei Töchter von 18 und 16 Jahren teilen ihr Schlafzimmer. In einem Raum schlafen der erwachsene Sohn, die erwachsene Tochter und die Schlafgeherin in einem Bett und auf einem Divan.“

So wie in München, ist es in anderen, größeren und kleineren Plätzen. Speziell in der Reichshauptstadt in Berlin sind seinerzeit in Verbindung mit den Wohnungsverhältnissen die denkbar traurigsten Unsitlichkeiten festgestellt worden. Das veranlaßte den Nationalökonom Prof. Dr. Schmoller zu sagen, daß so schließlich das Volk zurückfinke auf ein Niveau der Barberei und Bestialität. Die Berliner Arbeiter-sanitätskommission kam in ihrer Druckschrift auf ein ähnliches Resultat. Sie bezeichnete insbesondere das Schlafstellenwesen als eine Ursache des ständigen Alkoholismus, der Zerrüttung des Familienlebens, der mangelnden Erziehung der Jugend, der Vergiftung der Prostitution.

Die materielle Schädigung der minderbemittelten Volksklassen infolge mangelnder, teurer und schlechter Wohnungen ist eine ungeheure. Da wo ein Viertel, ja ein Drittel des Einkommens für Wohnungszwecke aufgewendet werden muß, bleibt wenig mehr übrig zur Beschaffung der notwendigen Nahrung. Die Arbeitsfähigkeit wird vermindert und dadurch wiederum das Einkommen des Einzelnen, dann aber auch die Produktionskraft und das Einkommen der Nation. Die Schwächung der Wehrfähigkeit bedeutet ein weiterer Schaden für das Vaterland. Es haben also alle Beteiligten, der Einzelne, die Familien, Gemeinde, Staat und Reich, allen Grund, an einer durchgreifenden Wohnungsreform mit aller Energie zu arbeiten. „Der Arbeiterjahrgang muß zum Volksschutz besonders in bezug auf das Wohnungswejen erweitert werden.“ sagt mit Recht der Sozialpolitiker Abg. Dr. Käfer in einer seiner vielen Schriften über die Wohnungsverhältnisse.

Die Wohnung muß nicht nur den Ansprüchen der Gesundheit und Sittlichkeit genügen, sondern muß der breiten Masse des Volkes auch wirtschaftlich erschwingbar sein; daher nicht bloß Sorge für gesunde und geräumige Wohnungen an sich, sondern auch Kampf gegen die Spekulation durch eine sozialpolitische Boden- und Besiedelungspolitik. Alle Bemühungen auf sozialem Gebiete, besonders auch die Bestrebungen auf Hebung der öffentlichen Sittlichkeit unseres Volkes werden vergeblich sein, unsonst werden die Kirche und ihre Diener in dieser Hinsicht sich mühen und aufopfern, wenn es nicht gelingt, den breiten Massen eine menschenwürdige Wohnung zu geben. Wir haben daher eine kulturaufgabe erster Ordnung vor uns. S. P.

Versammlungspraxis.

Ein altes Lied, ein garstig Lied, kann man von dem steten, in allen Variationen wiederkehrendem Jammern über schlechten Versammlungsbesuch sagen. In vielen Fällen würde aber jedenfalls statt dem fortlaufenden Jammern die praktische Tat viel besser und wirksamer sein. Das heißt eine genügende Vorbereitung und sachlich inhaltvolle Ausgestaltung der Versammlungen zu treffen. Aber da es leider in vielen Fällen. Einige aus der Praxis geschöpfte Winke mögen daher hier und da eine kleine Gewissenserforschung veranlassen.

Öffentliche Versammlungen bedürfen stets — wenn nicht besondere allgemein erregende Ereignisse vorliegen — einer gründlichen, ins Kleinere gehenden Vorbereitung. Es genügt kein Inserat oder eine Lokalnotiz in dieser oder jener Zeitung, auch keine öffentlichen Plakate, sondern der größte Nachdruck muß auf die mündliche Kleingitation gelegt werden, vor allem muß früh genug mit der Werbearbeit eingesezt werden. Der Wortverkauf von Eintrittskarten hat sich hier in vielen Fällen schon gut bewährt und kann allgemein empfohlen werden.

Für die regelmäßigen Mitarbeiterversammlungen muß die Agitation natürlich eine andere sein. Die Ankündigung im Verbandsorgan oder in einem Lokalblatt darf hier keinesfalls als genügend betrachtet werden. Auch hier hat die mündliche Agitation der Vertrauensmänner und eifrigen Mitglieder noch stets den besten Erfolg gezeitigt. Der beste Anziehungspunkt für sie ist und bleibt aber das, was in den Mitgliederversammlungen geboten und geleistet wird. Aber das ist die Kehrseite, der munde Punkt in unserm innern Gewerkschaftsleben.

Zunächst einmal der Verlauf der Versammlungen in ungezügelter Fülle: Da fehlt es an Pünktlichkeit und Ordnung. Eine halbe, oft eine ganze Stunde nach der festgesetzten Zeit wird mal angefangen, natürlich auch weit nach der zulässigen Zeit schlief gemacht. Die pünktlichen und ordnungsliebenden Kollegen müssen dadurch verdrossen und abgestoßen werden. Länger wie zwei Stunden darf eine Mitgliederversammlung — wenn keine besondere Ausnahmefälle vorliegen — überhaupt nicht dauern, wenn die Kollegen nicht überdrüssig und versammlungsmüde werden sollen. Das häufige Stehenbleiben nach Schluß der Versammlungen ist ebenso verwerflich. Manche Arbeiterfrau ist dadurch leider Gegnerin unserer Bewegung geworden, nicht weil der Mann seine Beiträge zahlt und zur Versammlung geht, sondern weil er nach den Versammlungen bis ultimo hocken blieb. Ein wenig Selbstacht in dieser Angelegenheit dürfte uns die Frauen vielleicht eher näher bringen, wie schöne Worte und Flugblätter.

Hauptfache ist dann der sachliche Inhalt der Mitgliederversammlungen. Sie sollen belehrend, erziehend und anfeuernd wirken. Das können sie aber nicht, erzielen vielmehr das Gegenteil, wenn herabwürdigender Zank und Streit in den Versammlungen breitgetreten wird, wie es leider hier und da vorkommt. Damit vertribt man die feindseligen und rechtverkennden Kollegen und ruiniert die ganze Gewerkschaftsarbeit. Persönliche Neideren sollten unter organisierten Arbeitern überhaupt nicht vorkommen; haben sich trotzdem solche entwickelt, dann müssen sie im engern Kreise, event. in einer Vorstandsjahung ausgeglichen werden. Niemals, niemals aber dürfen sie in den Mitgliederversammlungen zum Ausdruck kommen.

Ebenso gefährlich ist's für unsere gewerkschaftliche Entwicklung, wenn nur mit Unterstellungen und wieder Unterstellungen die Versammlung ausgefüllt wird. Das lähmt die Sühnungskraft, erzieht nur Egoisten und führt in letzter Konsequenz weit ab vom richtigen Gewerkschaftsweg. Daher kommt es auch, daß viele Verbandsmitglieder dann die Organisation schließlich als Unterstellungsbühne betrachten und ihrer wahren Aufgaben und Ziele kein Verständnis besitzen. Eine ganze Reihe von Ortsgruppenleitungen mögen einmal nach der Richtung hin ihr Gewissen ernstlich erforschen und für die Zukunft Besserung geloben.

Für jede Versammlung womöglich einen Vortrag über diese oder jene Frage, muß Grundlag sein. Größere Zahlstellen können sich auch um auswertige Redner bemühen, denen sie natürlich die Unkosten ersparen müssen. Es wird sonst Geld aus den Lokalkassen verpulvert, da kann auch für solche wichtigen Zweck mal eine Ausgabe gemacht werden. Puber sind auch fast überall ortsanhängige Redner, die das Zeug zum Reden haben. Sie müssen nur aufgemuntert und herangezogen werden. Spezial zu kurzen Vorträgen bietet fortwährend unser Organ, das Zentralblatt, sowie die sonstige Gewerkschaftsliteratur. In vielen Orten ist es auch möglich, Redner aus andern Kreisen zu gewinnen. Natürlich aber nicht für leere Bänke und Stühle, mit solchen „Publikum“ plamiert man die eigene Sache.

In unserer Versammlungspraxis hat sich auch allmählich eine anscheinend bisher wenig beachtete Mangelheit herausgebildet, nämlich die „zu viel“. Besonders in den Zahlstellen mit Unterfertigten regnet es hagelbicht von Versammlungen. Etwas weniger dürfte in manchen Ortsgruppen noch hinlänglich genug sein. In der Regel alle 14 Tage Mitgliederversammlung, dann Werkstattbesprechungen, dazwischen Vorstandssitzungen, Vertrauensmännerversammlungen, hier und da eine öffentliche dazu, dann noch Unterfertigten (vielleicht jede Woche), außerdem Versammlung im konfessionellen Arbeiterverein, im Volksverein, event. auch noch auf politischem Gebiet, das ist des Guten selbst für eifrige, hingebende Kollegen zuviel. Sowohl finanziell wie körperlich und geistig macht das ein Durchschnittsarbeiter auf die Dauer nicht mit, er kann es eben nicht. Hier muß unbedingt die Dremse angelegt werden, wenn wir die Versammlungsmüdigkeit wirksam bekämpfen wollen. Das „zu viel“ soll allerdings keine Entschuldigung für jene Mitglieder sein, die stets unständig sind, die in keinem ersten Verein mitarbeiten, dafür aber in den Stam-Vereinen einen vielleicht die erste Geige spielen und stets dabei sind.

Zum Versammlungsbesuch dürfte es auch anregen, wenn in jeder Versammlung eine Anwesenheitliste zirkuliert, auf Grund deren am Jahre schluß statistisch nachgewiesen und bekannt gegeben wird, wie viele Versammlungen jeder einzelne Kollege besucht und wie viele er geschwänzt hat. Für die Ortsgruppenleitung wäre das auch ein untrügliches Barometer für die Mührigkeit resp. Nachlässigkeit der einzelnen Mitglieder. Das wäre dann auch der Maßstab, an dem besondere Veranlassungen z. B. Extraunterstützungen aus der Lokalkasse etc. zu bemessen wären. Denn daß man einem regelmäßigen Versammlungsgänger jeden Pfennig über das Statut hinaus unanständig ablehnt, das sollte in allen Ortsgruppen ganz selbstverständlich sein.

So gibt es eine ganze Reihe von Mitteln, um den Versammlungsbesuch zu heben, wenn sie nur von den Ortsgruppenleitungen ausgeübt und ange-

wandt würden. Das ewige Jammern aber ist bald zum heulen und führt doch zu nichts. In mehr wie 90% aller Generalsammlungsberichte, die an unsere Redaktion eingesandt wurden, war dieses Klage- lied enthalten. Daß dabei auch manche Uebertreibung oder Schwarzseherei unterliege, ist sehr wahrscheinlich. Nichts desto weniger muß diesem Uebel mit allen verfügbaren Mitteln entgegen gearbeitet werden. Wenn vorstehende Winke beherzigt und praktisch durchgeführt werden — und das ist die Pflicht aller in Betracht kommenden Faktoren — so wird zweifellos eine Wendung zum Besseren eintreten.

Die Werkpensionisten vor der Petitions- kommission des Reichstages.

Anfang dieses Jahres hat der Vorstand des Christlichen Metallarbeiterverbandes eine Petition an den Reichstag und Bundesrat eingereicht, worin eine gesetzliche Reform der Werkpensionisten in der Großindustrie gefordert wurde. Dieser Schritt hat die für die Arbeiter wichtige Frage wenigstens einmal ins Rollen gebracht, wie aus nachstehendem Bericht der Tagespresse zu ersehen ist. Unten 10. März wird aus parlamentarischen Kreisen unter der Ueberschrift: Hüttenarbeiterchutz und Werkpensionisten nämlich folgendes berichtet:

Die beiden Fragen, der größere Schutz für Leben und Gesundheit der Hüttenarbeiter und die Reform der Werkpensionisten haben die Arbeiter der Großindustrie in den letzten Jahren in steigendem Maße beschäftigt und ihr Echo auch im Reichstag gefunden. Seit dem Jahre 1905 hat der Reichstag in jedem Jahre eine Resolution zugunsten des Hüttenarbeiterschutzes angenommen, die meistens vom Zentrum und den Sozialdemokraten getrennt eingebracht wurden. Die Regierung hat den dringenden Wünschen der Hüttenarbeiter durch eine Bundesratsverordnung Rechnung zu tragen versucht; aber allgemein wird dieselbe als ungenügend empfunden. In diesem Jahre, am 10. Februar, hat der Reichstag mit großer Mehrheit einen Antrag des Zentrums angenommen, der die Erweiterung der Bundesratsverordnung verlangt und zwar: Zehnstündige Arbeitszeit für alle Arbeiter der Großindustrie, achtstündige Arbeitszeit für die Feuerarbeiter, vollständiges Verbot der Sonntagsarbeit, Beschränkung der Ueberarbeit auf das allernotwendigste und Vorschriften über hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, Wasch- und Badeeinrichtungen usw.

Ueber die Werkpensionisten fand im vorigen Jahre bei der Beratung des Reichstages des Zentrums eine längere Debatte statt und endete mit der Annahme einer Resolution der Zentrumspartei (2. Mai 1908), welche die baldmöglichste Vorlage eines Gesetzes verlangte, „durch das die Rechtsverhältnisse der Pensions-, Witwen- und Waisenrenten, welche von den industriellen Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe eingerichtet sind usw. geregelt werden“.

Die Regierung hat sich demgegenüber bis jetzt noch ablehnend verhalten. In einer kürzlich stattgehabten Sitzung der Petitionskommission des Reichstages kamen beide Fragen wieder zur Verhandlung. Zu Grunde lagen zwei Petitionen des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Zentralrats der Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften. Die beiden Petitionen betreffend Hüttenarbeiterschutz stammen noch aus dem Jahre 1907 — ein Zeichen, daß sich auch im Reichstag manche Dinge lang hinziehen. In diesem Falle war die Ursache der Verzögerung die Erkrankung des jüngst verstorbenen verdienten Abg. Wattenberg (Str.), des langjährigen Vorsitzenden der Petitionskommission. Beiden Petitionen war eine Denkschrift beigegeben; seitens des Christlichen Metallarbeiterverbandes das ausgezeichnete Schriftchen von Franz Wieber „Arbeiterschutz in der schweren Eisenindustrie“. Referent war der Abg. Giesberts. Die Kommission beschloß, die beiden Petitionen mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgten Beschlüsse des Reichstages für erledigt zu erklären.

Es fand deshalb eine Debatte über den Hüttenarbeiterschutz nicht statt, dagegen führte die Werkpensionistenfrage zu einer lebhaften Aussprache. Dieser Petition war vom Christlichen Metallarbeiterverband eine Denkschrift über den bekannten Prozeß der Firma Krupp mit sämtlichen Gutachtenmaterial, sowie der Vortrag des Generalsekretärs Hirtfelder auf der letzten Generalsammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes beigegeben. Seitens der Firma Krupp war ebenfalls eine Denkschrift eingereicht über ihre Pensionskasse und den stattgehabten Prozeß. Nach einer Begründung durch den Abg. Giesberts gab der Vertreter der Regierung folgende Erklärung ab:

Die Regierung habe die Vorgänge bezüglich der Werkpensionisten und besonders auch der jüngsten Prozesse aufmerksam verfolgt. Mit der preussischen Regierung seien seit längerer Zeit Verhandlungen angeknüpft darüber, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Hütten zu befreien, welche manche Pensionskassen jetzt zeigen. Nach Abschluß dieser Verhandlungen würde auch mit den anderen Bundesstaaten in Verhandlung getreten. Das Aufsichtsamt für Privatversicherungen habe aber bisher schon bei allen Kassen, die ihm unterstellt seien — das sind allerdings die wenigsten — entsprechende Rückzahlung der Beiträge angeordnet. Aber die meisten unterstünden der Aufsicht der Landesbehörden. Dort, wo Zwangsbeiträge vorgesehen, werde überall die Zurückzahlung eines Teiles der Beiträge verlangt, wo Zwangsbeitritt nicht bestehe, suche man das Mögliche zu erreichen.

Diese Erklärung der Regierung wurde vom Referenten Giesberts mit Recht als wenig zufriedenstellend bezeichnet. Die Zustände seien doch nachgerade unhaltbar geworden.

Die Diskussion, der als Unterlage das reiche Material der Denkschriften dient, war recht eingehend. Es wurde speziell hervorgehoben, daß infolge des großen Arbeiterwechsels zahlreiche Arbeiter ihrer recht hohen Eintrittsgelder und der geleisteten Beiträge verlustig gingen. Sogar den Saisonarbeitern, z. B. den Bauhand-

werkern, welche naturgemäß nicht lange auf einem Werk arbeiten können und deshalb von vornherein keine Aussicht hätten, jemals in den Besitz einer Pension zu kommen, werden zum Eintritt gezwungen. Auch die Arbeiter, die längere Zeit den Betrieben angehören, gehen bei längerer Karenzzeit, welche die Werkskassen haben, ihrer Ansprüche oder der geleisteten Beiträge verlustig. Vereinzelt sei es vorgekommen, daß Arbeiter, welche kurz vor der Pensionierung standen, durch irgend eine Veranlassung gekündigt wurden. Kurz, die Mißstände seien so offenbarend, und vor allem durch die Prozesse der Krupp'schen Pensionskasse zu Tage gelegt, daß eine generelle Regelung der ganzen Frage durch die Gesetzgebung nicht mehr hinausgeschoben werden dürfe. Es handelt sich nicht darum, eine an sich gutgemeinte Wohlfahrtsmaßnahme unmöglich zu machen, sondern um die Pensionskassen zu einem wirklichen, den Anforderungen der Zeit entsprechenden Wohlfahrtsinstitut auszugestalten. Der Referent beantragte beide Petitionen dem Reichskanzler zur Verlesung zu überweisen.

Ein Mitglied der Kommission führte aus: Die Petition der Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften enthalte zu detaillierte Forderungen, deren Tragweite nicht zu übersehen seien, man möge diese zur Erwägung überweisen. Die Kommission beschloß dementsprechend, während die Christlichen Metallarbeiterverbandes zur Verlesung überweisen wurde. Es soll versucht werden, beide Petitionen bei der dritten Sitzung des Reichstages des Innern zur Erlebung zu bringen.

Damit ist die Werkpensionistenfrage erneut in Diskussion gebracht. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Regierung ihre in Aussicht genommenen Maßnahmen beschleunigen würde, damit endlich Ruhe eintritt unter den Arbeitern der großen Werke.

Soweit der Bericht über die Kommissionsverhandlungen. Hoffentlich wird bald etwas Praktisches für die Arbeiter herauskommen, denn ohne ein gesetzliches Einschreiten ist den Werkpensionisten, die dem Aufsichtsamt für Privatversicherung nicht unterstellt sind, leider mit der heutigen Rechtsprechung nicht beizukommen. Die Arbeiter, die unter diesen „Wohlfahrtskassen“ zu leiden haben, müssen aber selbst auch mit Hand anlegen, um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen, und das können sie einzig und allein durch die Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Organisation.

Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Verband der Krankenpfleger und -Pflegerinnen.

(Geschäftsstelle Berlin N. 37, Prenzlauer Allee 1) hielt am 7. und 8. März d. J. in Berlin seinen 2. Delegierten- tag ab. Vertreter waren die Ortsgruppen Bahrenfeld, Berlin, Bremen, Hamburg, Hannover, Regensburg, Wernsdorf (Bayern). Namens des Kartells der Christl. Gewerkschaften begrüßte Herr Rebalteur Weder-Berlin den Verbandstag, auf die wichtigen Anträge zu den Verhandlungen hinweisend. Ferner wurden Begrüßungen von Herrn Dr. med. Ebeling, dem Leiter der Ausbildungskurse des Verbandes, von verhandelten Ortsgruppen und Einzelmitgliedern (auch aus Oesterreich) bekenntgegeben. Den Verbandstag leitete der 1. Vorsitzende des Verbandes, Kollege Georg Streiter. Dessen Geschäftsbericht ergab erfreuliche Daten. Die Mitgliederzahl hat sich wieder nahezu verdoppelt: 1409 in 130 Orten Deutschlands und des Auslandes; dazu 16 außerordentliche Mitglieder (Förderer).

Der Kassenbericht schließt in Einnahmen und Ausgaben für die letzten zwei Jahre mit ca. 30 000 Mk. ab. Die Ausgaben erstrecken sich auf Unterstützungen, Bildungszwecke, Fachzeitschrift, Stellenvermittlung, Verwaltung u. dgl. Der Kassenbestand ist auf 1864,00 Mk. angewachsen. In 146 Fällen konnten Rechtsauskunft und Rechtsschutz gewährt werden. 1559 Stellen wurden durch den Nachweis des Verbandes an die Mitglieder vermittelt. Es könnten mehr Bewerber berücksichtigt werden, wenn ein großer Teil der Anstaltsdirektoren, Ärzte, Privatkliniken auch an der Öffentlichkeit nicht die gewerkschaftlichen Stellenvermittler unterstützte, sondern den unentgeltlichen Nachweis des Verbandes in Anspruch nähme (Fernsprecher: Amt VII, 1841). Die Stellenvermittler fordern bis zu 10 und 15 Mark von den Bewerberinnen.

Der Verband gibt zweimal monatlich eine gediegene Fachzeitschrift, „Der Krankenpfleger“, heraus (jährlich 4,00 Mark). Außerdem veranstaltet er jährlich zwei stets stark besuchte Ausbildungskurse (Leiter: Herren Dr. med. Ebeling und Geh. San.-Rat Dr. R. Küster; letzterer Examinator), ferner wissenschaftliche Vorträge usw. Die Gründung eines Krankenpflegeheims wird erstrebt.

Am 1. April d. J. besteht eine obligatorisch eingeführte Krankengeld-Zusatzkasse; dementsprechend wurden die Beiträge auf 1 Mark pro Monat erhöht. Die Einschreibgebühr für den Verband beträgt jetzt auch 1 Mk. Ferner wurden die Zugangsgeldzuschüsse an die Mitglieder erhöht. Der Verband, der zurzeit die größte Organisation des sog. weltlichen Pflegepersonals darstellt, beschloß, eine Enquete über die Gesamtlage des Berufes zu veranstalten. Herr Bademeister und Massee Bulowski sprach noch über die christlich-nationale Grundlage des Verbandes. — Der bisherige Vorstand und die Kontrollkommission wurden wiedergewählt. — Möge der Verband reiche Stärkung durch die beteiligten Berufsleute erfahren.

Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.

Aus den Kreisen der evangelischen Arbeitervereine Württembergs läßt sich eine Stimme vernehmen, die verdient, von allen evangelischen Arbeitern eingehend gewürdigt zu werden. In einer Artikelserie des „Kirchlichen Anzeigers“ (Organ des evangelischen Pfarrervereins) kommt Stadtpfarrer Lamparter (Sch.-Gmünd) auch auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen mit folgenden Ausführungen:

„Biel umstritten ist gegenwärtig die Frage, wie die evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften stellen sollen. Neutralität gegenüber den christlichen, den Hirsch-Dunderfischen mit den freien Gewerkschaften lautet die offizielle, vom Landesverband evangelischer Arbeitervereine Württembergs ausgegebene Lösung. In mir hat sich im Laufe der letzten Jahre die Ueberzeugung stetig herköhrt, daß die Weisheit dieser Theorie vor der Macht der Verhältnisse nicht mehr allzu lange standhalten wird. Ist es nicht im Grunde unverständlich, daß evangelische, teilweise von Geistlichen geleitete Arbeitervereine zu keinem für und Wider kommen können, wo zwischen Gewerkschaften, deren Mitglieder durch und durch sozialdemokratisch beeinflusst sind, und Gewerkschaften, die sich auf den Boden des Christentums stellen, zu wählen ist? Evangelische Arbeitervereinsmitglieder, die den freien Gewerkschaften beitreten, müssen mehr oder weniger in Gefahr stehen, den nationalen und christlichen Ideen, die in den Arbeitervereinen gepflegt werden sollen, entfremdet zu werden. Nur wer auf diesem Gebiete keine Erfahrung hat, kann dies leugnen. Aber gegen die christlichen Gewerkschaften wird eingewendet: das Christentum spielt in die Kämpfe um bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht herein, hier handelt es sich um rein wirtschaftliche Vorteile, und die Entscheidung in diesen Kämpfen hängt nicht von religiösen Momenten, sondern nur davon ab, wer die größere Macht hat.“

Leicht wird man durch diese scheinbar so einleuchtende Theorie gelehret. Aber die praktische Erfahrung, die doch immer die beste Lehrmeisterin ist, vermag auch die tiefgewurzelten Gedanken zu lockern, und als haltlos und nichtig zu enthüllen. In unserer Stadt gehen die konfessionellen Arbeitervereine mit den christlichen Gewerkschaften bei allen Wahlen, in welchen es sich um Ständesinteressen der Arbeiter handelt, wie Gewerbegerichts-, Stanzklassen- und Konsumvereinswahlen, Hand in Hand. Die Meinung der Genossen, die Allein herrschaft in diesen Organisations an sich reizen zu können, hat den Wandlungsstand gebracht. Und wir sind nicht schlecht dabei gefahren. Der Turm der Sozialdemokratie hat hier schon bedenkliche Risse bekommen. Die Paritätik von den größtenteils aus katholischen Mitgliedern bestehenden christlichen Gewerkschaften gewahrt worden. Jeden Anschein, als ob sie irgendwie einer Beeinflussung durch das Zentrum zugänglich wären, haben sie gemieden. Wohl bei politischen städtischen Wahlen stimmen die katholischen christlichen Gewerkschaftler stamm für die Zentrumskandidaten. Aber bei allen Wahlen, in welchen es sich um die rein wirtschaftlichen Arbeiterinteressen handelt, sollen Politik und Konfession ausgeblendet sein. Ich habe die Ueberzeugung, daß in den christlichen Gewerkschaften die politische und religiöse Gesinnung evangelischer Arbeitervereine weit weniger gefährdet ist, als in den freien. Dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein, aber es sind Gründe vorhanden, dies festzustellen und zu betonen.“

So schreibt ein evangelischer Geistlicher, der aus nächster Nähe die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften zu beobachten Gelegenheit hat. Diese Ausführungen sind umso bemerkenswerter, da die evangelischen Arbeitervereine Württembergs unter dem Einfluß des linksliberalen Arbeitersekretärs Fischer gegen die christlichen Gewerkschaften eingenommen sind. Im Interesse der christlichen Arbeiterbewegung wäre es sehr zu begrüßen, wenn die Ansichten des Herrn Stadtpfarrers Lamparter in den Württembergischen evangelischen Arbeitervereinen immer mehr Boden gewinnen und praktische Anwendung finden würden.

Die Kampfesweise der „Metallarbeiter-Rtg.“

gegen die christlichen Gewerkschaften wird in der Zeit immer unehrllicher und gehässiger. In ihrer letzten Nr. (11) wird in zwei größeren Artikeln und mehreren kleinen Notizen Gift und Galle über die Christlichen ausgegossen. Jedenfalls braucht man im sozial. Metallarbeiterverband Ablenkungsmittel, um der inneren Zerfetzung a la Steffin, Mannheim und jedem Nachdenken über die chronische Finanznot Einhalt zu bieten. Die auffälligen Elemente wie nachdenklichen Pessimisten sollen durch eine geräuschvolle Kanonade gegen die „bösen Christen“ auf andere Gedanken gebracht werden. Schlagwörter wie: „zentrumsgewerkschaftliche Arbeiter-Persiflierung“, „christliche Verräterei“ und ähnliche versehen ja selten ihre Wirkung bei solchen Leuten, denen das Wörtchen „christlich“ allein schon das Blut in Walsung bringt.

In einem Artikel über das Scheitern der Schlichtungsordnung in der Bayerischen Metallindustrie antwortet die „Met.-Rtg.“ auch auf unsere diesbezüglichen Äußerungen in der vorletzten Nummer. Aber matt, sehr matt ist Deine Dimonade, berehrte Stuttgarterin! Sie hätte nichts dagegen, heißt es da, wenn wir uns nach alledem, was in letzter Zeit über die Gelben bekannt geworden sei, noch mit diesen befreundet wollten. — Diese Unterschiebung ist ebenso dumm wie unehrllich und zweifellos nur darauf berechnet, die Leser der „Met.-Rtg.“ über unsere Stellungnahme irre zu führen. Daß wir die gelbe Bewegung aufs schärfste verurteilen und sie niemals als Arbeitervertretung anerkennen, darüber haben wir seit Bestehen dieser widernatürlichen Erscheinung keinen Zweifel entstehen lassen. Für ehrliche Menschen braucht es dafür keiner weiten Beweise. Leider scheint die „Met.-Rtg.“ nicht mehr zu den ehrlichen Geanern zu gehören.

Das geht noch deutlicher aus dem Leitartikel derselben Nummer hervor, wo das sozial. Blatt sich eine „Geschichte der christlichen Gewerkschaften“ zu-

recht konstruiert. Der ganze Aufsatz strotzt von Unrichtigkeiten, Verdrehungen und Verdächtigungen. Zum Schluß kommt noch folgende, die ganze Tendenz des Machwerks kennzeichnende ordinäre Beschimpfung der christlichen Gewerkschaften:

„In ihrer Gesamtheit stellt aber die christliche Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Unehrlichkeit, Verlogenheit, mit ihren Verrätereien und mit ihrer Schmutzpropaganda, die sie durch oft lächerlich geringfügige Forderungen und „Erfolge“ macht, einen unläutereren Wettbewerb gegenüber den freien Gewerkschaften und in ihrer entsprechenden Wirksamkeit eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen dar.“

Diese maßlosen Beschimpfungen der christlichen Arbeiter erlaubt sich das Organ eines Verbandes, dessen Vorstand am Bericht des offenen Arbeiterverrats überführt und berart bloßgestellt wurde, wie es bis heute in der deutschen Arbeiterbewegung noch einzig besteht. Die an der Spitze der christlichen Gewerkschaften stehenden Kollegen aber werden es sich zu überlegen haben, ob sie nicht der „Met.-Btg.“ ähnlich wie einst der „Rhein-Btg.“ in Köln Gelegenheit geben sollen, ihre Behauptungen an anderer Stelle mit Beweisen zu belegen. Gegenüber solchen professionsmäßigen Verleumdungen hilft kein Mundspiken, da muß geküßt werden.

Vorhölzer im Lichte eigener Genossen.

Die Kampfweise des soziald. Bezirksleiters Vorhölzer wird selbst von eigenen („freien“) Gewerkschaftsblättern als niedrig und jedem Anstand hohnsprechend gekennzeichnet. Die sozialdemokratische „Schmiedezeitung“ Nr. 11 schreibt in einer Polemik wegen der Vorgänge in Mannheim dem Genossen Vorhölzer u. a. folgendes ins Stammbuch:

„Anderst ist es jedoch mit dem von uns abgelehnten Eingekandt des Bezirksleiters Vorhölzer. Massatsch schreibt darüber: „Daß dieses Eingekandt nicht aufgenommen wurde, bedenken wir der Redaktion der Schmiedezeitung nicht, denn es sprach nicht zugunsten Mitters, dadurch ist aber die Unrichtigkeit des Inhalts nicht erwiesen, es konnte uns aber genügen, daß die Redaktion der Schmiedezeitung und wahrscheinlich auch der Vorstand des Schmiedeverbandes davon Notiz genommen hatten.“

Zunächst wollen wir dem Genossen Massatsch bestätigen, daß die letztere Vermutung zutrifft, dann wollen wir auch weiter feststellen, daß zwischen Redaktion und Vorstand vollständiges Einverständnis dahingehend herrschte, daß es sich bei diesem Akt um einen derartig unanständigen Angriff gegen unsern Kollegen Ritter handelt, wie dies bisher wohl kaum zwischen Bruderorganisationen vorgekommen war. Um so bedauerlicher fanden wir diese Anrempelung, weil das betreffende Schriftstück das Bureau des Hauptverbandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes passiert hatte. Wir wollten weiter erklären, daß wir es für ausgeschlossen erachten, daß das Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Eingekandt in solcher Form aufnehmen kann. Vorhölzer resp. Massatsch hatten also darauf gerechnet, daß auch wir die Aufnahme ablehnen, ergo war ihr Bestreben, lediglich eine Verhöhnung Mitters bei uns. Das ist Anstand. Heute tut es uns leid, daß wir jenes Eingekandt nicht bekannt gegeben haben; es hätte weiter keine Folgen gehabt, als daß gekennzeichnet wäre, wie in manchen Fällen die deutsche Sprache zu den niedrigsten Mitteln vermandt wird. Wir wollen uns aus denselben Gründen wie Genosse Massatsch die Sache nicht weiter forschpinnen. Wir wollen nur noch erklären, daß die in dem Eingekandt Vorhölzers aufgestellten Behauptungen nicht nur beleidigend, sondern zum Teil unwahr sind.“

Wenn selbst sozialdemokratische Blätter, also die eigenen Genossen Vorhölzers, die Kampfweise dieses Mannes so kennzeichnen, so spricht das Bände und wir brauchen ihm nicht viel hinzuzufügen. Nur das eine sei hervorgehoben: Wenn Vorhölzer schon gegen seine eigenen Genossenschaftsgenossen mit derartig schiefen Mitteln kämpft, so kann jeder selbst er-messen, zu was hier „Obergenosse“ gegenüber den von ihm gehakten christlichen Arbeitern fähig ist. Das mag auch zur Beurteilung seiner jüngsten Attacke gegen die Christlichen in Mannheim resp. gegen unsre Kollegen Engel und Thelen genügen. Auf solche Strategen aber darf der sozialdemokratische Metallarbeiterverband wirklich stolz sein.

Die „Moral“ der Streikbrecher-Agenten.

Der Inhaber eines „Bureaus zur Beschaffung von Arbeitswilligen“, Otto Genske in Berlin, wurde vom dortigen Landgericht I wegen Kautions-schwindeleien mit einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt. Da wenig gestreift wurde und somit das „Geschäft“ äußerst wenig Reingewinn erbrachte, so hielt sich Genske an seinen Angestellten schadlos und unterschlug deren Kautionen. Nun hat ihn das Schicksal erreicht, die streikbrecherischen Elemente müssen sich nunmehr vorerst von andern „Ehrenmännern“ verhandeln lassen. Und die Scharmacher müssen sich nach einem andern Seelenverkäufer umsehen, um die entstandene Lücke in der „Zunft der nützlichen Elemente“ wieder auszufüllen.

Bestrafter Terrorismus.

Im Juli 1908 trat der christlich organisierte Maurer P. in München bei dem Bauunternehmer Berger in Arbeit. Nach seiner Verbandszugehörigkeit von seinen Mitarbeitern befragt, entpuppte er

sich als „Einpänner“. Das paßte den sozialdemokratisch organisierten Maurern nicht. Sofort gingen die Genossen daran, an P. „Läuterungsversuche“ vorzunehmen. Jedoch P. blieb auf seinem Standpunkt stehen. Dies veranlaßte den sozialdemokratisch organisierten Maurer Kollbauer, eine „Kulturmission“ an P. zu vollziehen, indem er den P. während der Brotzeit mit Erdrosselungsversuchen zu einem roten Glau-bensbekenntnis zwingen wollte. Hierbei äußerte P., daß er die an P. verübte Liebenswürdigkeit so-lange wiederholen werde, bis derselbe rot sei. P. war nun gezwungen, diese gastliche Stätte zu ver-lassen. Am 8. Februar hatte sich N. wegen seiner Taten vor dem Amtsgericht München zu verantworten, wobei er wegen seiner „Freiheitsstaten“ zu 10 Tagen Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt wurde.

Aus der Metallindustrie.

Opfer der Arbeit.

Duisburg. Ein schwerer Unglücksfall ereig-nete sich am 9. März auf der hiesigen Kupferhütte. Mehrere Arbeiter waren an der Eisenkonstruktion des neuen Hochofens beschäftigt. Der Schmied Heupel tat einen Fehltritt und stürzte von einer Höhe von 10 Metern herab. Der Körper schlug unten auf Eisen-träger, wodurch der Tod des Arbeiters sofort herbe-geführt wurde. Wie uns mitgeteilt wird, war der Vater des Verunglückten auch am Hochofen beschäf-tigt und Zeuge des schrecklichen Unglücks.

Siegen. Auf dem Stahlwerk der Charlotten-hütte in Niederselben war ein Arbeiter damit be-schäftigt, einen auf dem Transportwagen liegenden Stahlblock, der sich verschoben hatte, wieder in die rechte Lage zu bringen. Hierbei glitt der Block vom Wagen ab und traf eine am Boden liegende Zange derart, daß sie emporschnellte und dem Arbeiter den Schädel zerschmetterte. Der Tod trat sofort ein.

Dortmund. Auf dem Stahlwerk „Phönix“ lam am 10. März der Arbeiter Joh. Kuhlmann dadurch zu Tode, daß er von einem Kranz erfaßt wurde. Das Unglück wurde dadurch herbeigeführt, daß der Anker des Krans unter dem Kinn des Verunglückten einsetzte und beim Hochgehen den Kopf zerriß. N. war sofort tot.

Mühlheim (Ruhr). In der Gießerei des Thyssenschen Eisenwerkes wurde am 6. März der Ar-beiter W. Viktor aus Stertrade von einer fallenden Gußform in den Rücken getroffen und auf der Stelle getötet. — Im gleichen Werk erlitt der Arbeiter W. Kempelmann so schwere Verbrennungen, daß Lebens-gefahr für den Verletzten vorhanden ist.

Isselburg. Auf der Isselburger Hütte ereig-nete sich am 4. März ein schweres Unglück. Der Eisendreher Bernhard Ueffing von hier, welcher vor Beendigung der Nachtschicht noch zwei Meißel in eine Zylinderdrehbank einsetzen wollte, geriet hierbei mit dem Kopfe wahrscheinlich zwischen Support und Ar-beitsstück, sodaß der Schädel vollständig eingedrückt wurde. Der sofort herbeigerufene Arzt und der Pfar-ter kamen, als der Tod bereits eingetreten war. Der Verstorbene hinterläßt Frau und neun minderjährige Kinder.

Mors. Der 50 jährige Arbeiter Paulsen von Asberg, welcher auf Zeche Rheinpreußen in der Koh-lenwäsche beschäftigt war, kam am 3. März der Trans-mission zu nahe und wurde von einer Riemenschraube am Kopf getroffen. Seinen schweren Verletzungen ist er inzwischen erlegen.

Streiks- und Lohnbewegungen.

Tariffbewegung im Kunst- und Bauschlosser-Gewerbe Münchens.

Im Jahre 1905 wurde für das hiesige Schlosserge-werbe ein Tarif mit Gültigkeitsdauer bis 31. März 08 abge-schlossen. Aus wichtigen Gründen hatte man im Jahre 1908 von einer Kündigung abgesehen. Der Tarif lief somit weiter bis zum 31. März 1909. Auch in diesem Jahre wurde der Tarif unversehens nicht gekündigt, da der Wort-laut des Tarifs keinen Zweifel darüber ließ, daß der Ver-trag in diesem Jahre ohne jede Form abläuft. Demzu-folge reichen wir auch unsere Forderungen bei dem Ar-beitgeberverband ein. Nicht wenig erstaunt waren die Arbeiter, als nun auf einmal der Arbeitgeberverband geltend machte, der Tarif läuft noch ein Jahr weiter, da er auch heuer nicht gekündigt wurde.

Der fragliche Paragraph läßt aber eine derartige Auslegung nicht zu, er lautet: „Die Bestimmungen dieses Arbeitsvertrages treten am 19. September 1905 in Kraft und haben Gültigkeit bis zum 31. März 1908. Wird nicht zwei Monate vor Ablauf des Gültigkeitstermines von der Vertretung usw. gekündigt, so läuft der Vertrag stillschweigend auf ein Jahr weiter.“

Daraus wird jeder schlussfolgern, daß der Tarif, wenn er 2 Monate vor dem 31. März 1908 nicht gekündigt wird, auf ein Jahr weiter läuft, also mit dem 31. März 1909 seine Gültigkeit ohne weiteres aufhört.

Wollte man den Vertrag im Sinne des Arbeitgeber-verbandes auslegen, dann müßte die betreffende Stelle des Paragraphen lauten: „... so läuft der Vertrag jeweils auf ein Jahr weiter zc.“ Wo man bei Tarifabschlüssen die Absicht gehabt hat, denselben auf ie ein Jahr weiter

laufen zu lassen, wenn er nicht gekündigt wird, hat man dies ausdrücklich im Paragraphen festgelegt.

Es bestanden also schwerwiegende Meinungsverschieben-hetten zwischen beiden Parteien. Deshalb wurde die Schlich-tungskommission einberufen, um die Streitfrage zu schlicht-en. Eine Einigung wurde aber nicht erzielt und so be-setzte sich das Einigungsamt des hiesigen Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbegerichts Dr. Gehler, mit der Angelegenheit. Nach eingehender Aussprache machte Dr. Gehler den Vorschlag, beide Parteien sollten zunächst die Rechtsfrage zurücksstellen und versuchen, sich auf neue Vertragsbestimmungen zu einigen, dann habe man zwei Eisen im Feuer, und komme eine Einigung nicht zustande, so könne die Rechtsfrage noch immer entschieden werden. Kollege Maschke erklärt sich mit diesem Vorschlag einber-standen, nicht so aber die Arbeitgeber. Letztere verlangten zunächst einen Schiedspruch, ob der Tarif als abgelaufen gilt oder nicht. Unter diesen Umständen war ein weiteres Verhandeln unnötig.

Hierauf wurde auf den 11. d. Mts. das Einigungsamt wieder einberufen. In dieser Sitzung begründeten beide Parteien ausführlich ihren Standpunkt. Nach zweistün-diger Verhandlung wurde folgender Schiedspruch gefällt:

„Der Tarif hat vorläufig weitere Gültigkeit bis 1910, da eine Kündigung nicht erfolgt ist. Die Bestimmungen des 17. Paragraphen haben Geltung für alle Teile des Tarifes, also auch für die Kündigungsfrist. Zudem entspricht die Kündigung der Ortsüblichkeit.“

Kollegen, wenn dieser Schiedspruch auch keineswegs unserer Auffassung entspricht, so besteht doch kein Zweifel, daß wir als disziplinierter Gewerkschaftler ihn rückhalt-los anerkennen und uns damit abfinden. Umso mehr, als die gegenwärtige Zeit, wie auch Dr. Gehler zurechtend be-merkte, mit ihrem flauen Geschäftsgang und der großen Arbeitslosigkeit recht ungeeignet ist, neue Verbesserungen tariflich festzusetzen. Dann ist zu beachten, daß ein großer Teil der Kollegen schon die Löhne beziehen, die wir als neue Forderung aufgestellt hatten. In diesem Sinne müssen die Kollegen weiter arbeiten und danach streben, daß nicht nur die Mindestlöhne gezahlt werden, sondern darüber hinaus, wie man es in der teuren Großstadt München billigerweise verlangen kann. Mögen auch die Kunst- und Bauschlosser in diesem Jahre kräftig mitarbeiten, daß die Inaktiven aufgerüttelt werden, dann werden wir im nächsten Jahre, gestützt auf unsere Stärke, mehr erreichen, als wir in diesem Krisenjahre hätten erreichen können.

Magdeburg. In der Stahlwerke des Grupp-Gründungsbesitzes haben die Arbeiter im Streik. Zuzug ist fernzuhalten!

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonnt-ag, den 21. März 1909 der zwölfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 28. März fällig.

Zur Beachtung.

Der diesmaligen Zeitungsendung liegen die Ab-rechnungsformulare und die Zahlkarten für die Reichs-Arbeitslosen-Statistik bei.

Wiederholt wird darauf aufmerksam gemacht, die einzelnen Rubriken der Abrechnung sowie der bei-liegenden Mitgliederlisten genau auszufüllen. Be-sonders kommen hier die Spalten über die zugereisten, abgereisten oder ausgetretenen Mitglieder in betracht. Bei gewissenhafter Ausführung dürften sich dann die zeitraubenden Anfragen, die bis jetzt noch für die Bearbeitung unser Mitgliedskartotek nötig waren, vollständig erübrigen.

Auf der Arbeitslosen-Zählkarte sind nur die für Arbeitslosigkeit in betracht kommenden Zahlen einzutragen. Die Fälle der Krankheit scheiden völlig aus. Das ist besonders zu beachten. Die Karten sind am 1. April auszustellen, und müssen bis zum 4. April spätestens abgeschickt sein.

Mannheim. Gewarnt werden die Orts-gruppenleiter resp. Unterstützungsauswähler vor einem Schwindler, der in Mannheim verkehrte, Gelder zu erschwindeln. Er gibt sich aus als ein Kollege, der von Diedenhofen bzw. Metz komme. Sein Buch will er bald dem Gewerkschaftssekretär Rarius in Diedenhofen, bald dem Kollegen Thelen Mannheim ausgehändigt haben. In Mannheim nannte er sich Otto Franz. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich auch noch andere Namen beilegt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Lübeck. Die Versammlungen finden jeden ersten und dritten Samstag im Monat im Vereinslokal, kath. Gefellenhaus, Paradestraße 8, statt. Anmeldun-gen für Arbeitslose und Kranke, desgleichen Kon-trollmeldung alle Wochentage von 10 bis 11 Uhr vor-mittags und 3 bis 4 Uhr nachmittags beim Vor-sitzenden Stenhard, Werendörpplatz. — Zuwiderhan-delnde Kollegen schädigen sich selbst. — Unterstützungen werden ausbezahlt jeden Freitag abend von 7 bis 8 Uhr beim Kassierer Schütt, Untertrave 75. Kollegen, die auf Wanderschaft sind, können ihre Unterstützung alle Wochentage Mittags von 12 bis 1 Uhr, und Abends von 7 bis 8 Uhr in Empfang nehmen. — Bei Sonn- und Festtagen finden keinerlei Sprachstunden und Auszahlungen statt.

Hattungen. Zu der am 28. Februar stattgefundenen Versammlung hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden. Die Wichtigkeit der Tagesordnung ließ auch nichts anderes erwarten, da an Stelle des durch Maxregalung zum Scheiden gekommenen langjährigen Vorsitzenden ein Ersatz gewählt werden mußte. Die bisherige Tätigkeit des neugewählten Vorsitzenden läßt uns für die Zukunft das Beste hoffen. Kollege Engel (Wohr) dankte in warmen Worten dem bisherigen Vorsitzenden für seine opferfreudige Tätigkeit, hat aber auch gleichzeitig den neugewählten Vorsitzenden, das einmütig geschenkte Vertrauen der Kollegen zu rechtfertigen, und hielt dann einen Vortrag über „Blond und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften“.

Einleitend wies Redner darauf hin, daß unsere Gewerkschaften ein notwendiges Produkt der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung seien, um die Arbeiter vor den Auswüchsen, welche dieses System zur Folge hat, zu schützen, und bezeichnete es daher als eigentlicher nächster Zweck der Gewerkschaften, Verbesserung und Aufrechterhaltung der Arbeitsbedingungen. Mittel, um diesen Zweck zu erreichen, sind Mitbestimmungsrecht bei der Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrages, Ausbau des Arbeiterrechts und Förderung der gesetzlichen Sozialreform, Einschränkung des Unterstützungsbezugs und geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Redner wies dann auf die Erfolge der christlichen Gewerkschaften hin, welche ein Ansporn zur eifrigen Mitarbeit sein müßten, besonders in dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise. Redner gab dann Anleitungen zu der geplanten Hausagitation.

Der mit Beifall aufgenommene Vortrag hatte den Erfolg, daß sich in der Diskussion 12 Kollegen freiwillig zur Hausagitation meldeten. Mit einem warmen Appell, ihn in seinem Amte zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung. — Nun, Kollegen von Hattungen, haftet Wort, was ihr in der Versammlung versprochen habt, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Bothringen. „D, hättest du geschwiegen, dann wärest du weiter geblieben.“ Seit mehr als 20 Jahren wissen die Hirsch-Dunderscher Gewerbevereine im Saarrevier und Bothringen ein jämmerliches Leben. In diesem Gebiet arbeiten nach den Angaben der süddeutschen Eisen- und Stahlwerksberufsgenossenschaft im Jahre 1907 über 72 000 versicherungspflichtige Arbeiter. Von diesen hatten im Jahre 1906 als Mitglieder ganze 433. Bis zum Jahre 1908 „stieg“ die Mitgliederzahl, nach eigener Angabe der H.-D. auf — 233 herunter.

Selbst der christliche Metallarbeiterverband im Saarrevier für die Verbesserung der Lage der Hüttenarbeiter eingetreten ist, schickten auch die H.-D. einen Beamten nach Saarbrücken. Dieser „Bahnkreuzer“ blieb volle drei Monate auf seinem Posten, dann folgte ihm ein zweiter „Strategie“, der es ein halbes Jahr aushielt; nach langer Pause ist dann ein dritter „Fabrikführer“ in der Person des Herrn Eden im Saarrevier und in Bothringen tätig.

Sintemalen Herr Eden anscheinend den Weg zum Herzen der Bothringer Hüttenleute allein nicht finden kann, wagt er den Spuren der Sozialdemokraten. Die H.-D. und auch die Sozi haben ihre meisten Mitglieder unter den Hüttenleuten in Rombach. Auf der Rombacher Hütte arbeiten 4170 Arbeiter. Davon gehörten 1906 dem H.-D. Verband an 142, und Ende 1908 waren es geworden an Zahl 89!!! Also auch hier haben sie sich rückwärts „entwickelt“.

Die Rombacher Hütte „regulierte“ nun Ende 1908 die Löhne um 10—15 Prozent herunter. In ganzen Saarrevier und Bothringen konnten die Schmarfmacher sich dieses Vergnügens leisten, weil die Mehrzahl der 72 000 Arbeiter indifferenter ist. Auf der Rombacher Hütte aber fühlten sich die 89 Hirsch-Dunderscher Arbeiter gegen diesen Abzug im Namen der 4000 übrigen Arbeiter zu protestieren. Das war ihr gutes Recht, wofür die Hütte recht wenig Notiz davon genommen hat. Die Sozialdemokraten „halfen“ ihrem „Freund“ Eden bei dieser Arbeit, indem sie seine Versammlungen als Tummelplatz für ihre Ideen benutzten. Es war ein Agitationsmanöver, auf das die christlichen Arbeiter gern verzichteten. Alle denkenden Arbeiter sprachen über die Art, wie die beiden „Brüder“ angeht, der Abzug sich herumwälzten, ihre Entrüstung aus. Am allerjüngsten schnitten die H.-D. dabei ab. Es kam zu vorübergehenden Arbeitsverweigerungen. Bei der letzten ließ die Hütte bekanntgeben, daß derjenige entlassen sei, welcher bis Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufnehme. Schon Montags abends marschierten die „Freiwilligen“ H.-D. und Sozi wieder in den Betrieb, zum Gaudium der Außenstehenden und bei stiller Verzweiflung der Hütte.

Daß die Hütte „versprochen“ hat, bei guter Konjunktur die Löhne wieder zu erhöhen, ist nichts anderes, denn dieses „Versprechen“ haben alle Hüttengehaltigen im Gebiet ihren Arbeitern beim Lohnabzug gegeben.

Wir würden diese Dinge nicht erwähnen haben, denn seit drei Jahren redet niemand von den Hirsch-Dunderschern im Saarrevier. Da jedoch die „Bewegung“ der 89 auf der Rombacher Hütte von den H.-D. anscheinend benutzt werden soll, um den Christlichen am Zeug zu flicken, müssen wir unseren Mitgliedern im Lande draußen einige Aufklärung geben.

Um Agitation zu treiben hielten die H.-D. bei den ungeliebten Abzügen in Stahlheim Versammlungen ab. Die Gewerkschaften gingen in diese Versammlung, so daß es wohl annähernd 100 Leute von insgesamt 4100 gewesen sind, die gegen den Abzug protestierten. Weil die Hütte nicht nachgab, wurde der Betrieb „geopfert“ im roten Verbandorgan. Die H.-D. haben bis heute noch keinen Spatzenvermerk in ihrem Organ veröffentlicht, abgesehen von einem Situationsbericht vor mehreren Wochen. Von dem ganzen Vorgang ist unter dem Verband, trotzdem er ebenso interessiert ist, wie die H.-D. und Sozialdemokraten, nichts mitgeteilt worden.

In einer Notiz forderte unser Bezirkskassierer Kollege Wäcker nun arbeitslose Kollegen auf, nach Bothringen zu kommen. Von den 80, die daraufhin bis heute im Saarrevier und Bothringen in Arbeit getreten sind, haben fünf auf der Rombacher Hütte Arbeit angenommen. Drei davon sind selber abgereist, weil sie ihre Familien nicht dorthin holen wollten. Da kommt derselbe Gewerkschaftler und verurteilt die Christlichen, der im Hirsch-Dunderschen Organ, Nr. 49, 1908, über Rombach schrieb:

„Selber sind auch hier die Organisationen noch sehr schwach“ — dieses Versprechen (Aufhebung des Abzuges) wird aber wohl nur gehalten werden, wenn wir in der Lage sind, seine Erfüllung zu erzwingen. Also bauen wir vor durch Stärkung unserer Organisation. Zugug ist fernzuhalten.“

Hundert Arbeiter stellt die Hütte ein, alle Tage, direkt von der Landstraße. Der Artikelschreiber im letzten „Regulator“ möchte nun unter der Überschrift „Christliches aus Bothringen“ unsere Kollegen verächtlich machen, als leisteten sie der Hütte Arbeitswilligenleistungen gegen die Interessen der Arbeiter.

Es ist einfach Blödsinn, der Außenwelt glauben machen zu wollen, ein Werk von über 4000 Personen mit nur 2- bis 300 Organisierten könne getroffen werden durch die Sperre in einem Verbandsorgan. Dann ist es mit einem Wort gemein, die Christlichen Arbeiter zu verächtlichen, sie beachteten die Sperre nicht, und im eigenen Verbandsorgan haben die Hirsche keinen Sperrvermerk! Zu verlangen, daß wir uns richten sollen nach dem Herzenswunsch der H.-D., jede gewerkschaftliche Arbeit in Bothringen zu unterlassen und den Rückwärtsmarsch H.-D. das Feld zu räumen, ist wirklich zu drollig. Wie wäre es mit der Taktik, das ganze Saarrevier und Bothringen zu „sperrern“, weil überall die Löhne gekürzt worden sind und den Arbeitern „versprochen“ wurde, in besseren Zeiten wird wieder zugezahlt? Den Schmarfmachern wäre das nur lieb, denn Arbeiter bekommen die soviel sie haben wollen, trotz der Sperre.

Jeder, der nur das gewerkschaftliche U B C kennt, wird darüber gar nicht im Zweifel sein, daß unter der großen Zahl unorganisierter Arbeiter hier und da ein guter Gewerkschaftler eine Notwendigkeit ist. In Bothringen muß noch die allererste gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden, indem wir die unorganisierter Massen in Bewegung bringen mit tüchtigen Gewerkschaftlern. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß der Schreiber im „Regulator“ durch seine Feilen hofft, die Schmarfmacher aufmerksam gemacht zu haben auf die „bösen Christlichen“, die zugereist kommen! Bis heute ist den H.-D. noch kein Haar gekrümmt worden auf den großen Werken im Revier. Hoffen die Herren nun von ihren Feilen, die wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit brüderlich gewordenen christlichen Gewerkschaftler noch weiter auf der Landstraße zu halten? Schlecht aber stellt es einer Organisation an, sich heute den Hüttenleuten als Helfer aufzubringen, die im Jahre 1906 bei dem ersten Vorstoß im Saarrevier auf der Rombacher Hütte sich nicht gezeigt hat. Verschieben gelb durchsichtige evangelische Arbeitervereine im Saarrevier bemühen sich nicht ohne Ursache um das Gedeihen der Hirsch-Dunderscher. Wenn trotzdem ihr Gang rückwärts war, beweist das nur, daß die Hüttenleute nichts von ihnen wissen wollen.

Die christlichen Gewerkschaften zählen in unserm Gebiet an 20 000 Mitglieder. Auch der christliche Metallarbeiterverband behauptet hier seinen Platz. So soll es auch bleiben. Er war die erste aller Organisationen, die in Deutschland für die Hüttenarbeiter eingetreten ist und im Saarrevier war er die erste Organisation, die ernstlich für Freiheit und Recht der Hüttenarbeiter gekämpft hat. Die kindische Redensart, daß Wernerus und Engel ihr Tätigkeitsfeld wechseln mußten, ist nicht wert erwähnt zu werden. Auf alle Fälle ist Wernerus und auch Wäcker und Engel, wenn es sein muß, im Saarrevier und Bothringen dort, wo es den H.-D. und sozialdemokratischen Herren nicht gerade recht ist.

Den Hüttenarbeitern aber sei wiederholt der Rat gegeben: Erst organisieren und kein hohles Geschrei machen, ohne die Mittel zu besitzen, die Tat den Worten folgen zu lassen. Leicht ist es, über Lohnabzüge zu schimpfen, aber die Gewaltigen an der Saar und in Bothringen geben nur dann dem Arbeiter sein Recht, wenn er eine starke Organisation hinter sich hat. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, der im Saarrevier allein den Mut besaß, um die Rechte der Hüttenarbeiter zu kämpfen.

Wugsburg. (Aus dem Reich der Gelben.) In der Stadt, die den traurigen Ruf besitzt, die Wiege der Gelben zu sein, tagte vor kurzem die Generalversammlung des Arbeitervereins vom Werk Wugsburg (E. B.). Die „Wehr“ bringt einen ausführlichen Bericht der Versammlung und weiß zu erzählen, daß die gelbe Arbeiterbewegung allerorts erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen habe. Die Mitgliederzahl — man beachte die hübsch definierte Ausdrucksweise — „der dem Christamt angegeschlossenen gelben Arbeitervereine und jener Vereine, mit denen der Arbeiterverein vom Werk Wugsburg sonst in Verbindung steht“, sei von 25 205 auf 73 802 gestiegen.

Et, et, das ist ja eine präzise Berichterstattung und sehr gut gesagt. Kein Mensch wird nach der Veröffentlichung der Lebens-Briefe darüber im Zweifel sein, mit welchen Vereinen die Gelben sonst in Verbindung stehen. Darüber hat aber auch der an der Versammlung teilnehmende Herr Hofmeister aus Magdeburg keinen Zweifel gelassen, der das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter mit der Ehe verglich. Diesem Vergleich sind die gelben Drogistiker treu geblieben, und wahrscheinlich haben sich auch die Mitgliederzahlen der gelben Arbeiter- und Arbeitgebervereine vor der Berichterstattung miteinander verheiratet. Wäre nur interessant, zu erfahren, wer in dieser Ehe die „bessere Hälfte“ ist, d. h., wer die meisten Mitglieder stellte.

Dann wolle die „Wehr“ noch zu berichten, daß die Gründung einer Zentralzuschußkasse beschlossen wurde, die wahrscheinlich im April d. Js. in Magdeburg errichtet wird. Die Kasse soll zentral sein und es den Gelben ermöglichen, beim Beschäftigen der Arbeitstätte doch Mitglied der Kasse bleiben zu können. Mitglieder von Werkver-

einen können jederzeit ohne Rücksicht auf Gesundheitszustand und Alter in die Zentralzuschußkasse eintreten. In gleicher Weise sollen Personalzentalkassen zu gegebener Zeit errichtet werden.

Diese Maßnahmen preist das gelbe Organ als für die Freizügigkeit der gelben Arbeiter von der größten Bedeutung. Worin mag da wohl die Bedeutung liegen? Wer wagt die Frage zu beantworten? Im allgemeinen hat die Arbeitererschaft schon seit Jahren den Kampf gegen Wertschöpfungs- und Unterstufungsklassen geführt, weil sie eine Fessel der Arbeiter sind und nur dazu dienen, die Freizügigkeit zu untergraben. Bei den Gelben sollten diese Institutionen das Gegenteil bezwecken? — Jawohl Dauer, das versteht Du nicht, aber komm her, laß Dich belehren. Freizügigkeit und Frei-(von jeder)zügigkeit, das ist eben zweierlei, und nur Gelbe leben mit dem Arbeitgeber in einer Ehe, so lehrete es uns Herr Hofmeister, und sind deshalb frei-(von jeder)zügigkeit.

Des weiteren enthält der Bericht einen Passus über das Streikrecht, dem das gelbe Organ geradezu programmatische Bedeutung beimißt, zumal die gewerblichen Organisationen immer behaupteten, die Gelben hätten auf das Streikrecht verzichtet. Und wie lautet der Programmsatz? „Wir haben niemals auf das Streikrecht verzichtet und werden das auch in Zukunft nicht tun.“ Die Hofschäft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Das ist ja nur Schwindel, um die einzufangen, die nicht alle werden. Oder ist vielleicht bei den Gelben jeder Streik unnötig, weil ihnen auch so das gegeben wird, was des Arbeiters ist? Ich glaube nicht, denn der drei Spalten lange Bericht weiß nichts zu berichten von Lohnaufbesserungen, wohl aber sind Lohnreduzierungen vorgekommen, wovon aber der Bericht gar nichts sagt. Was die gelben „Arbeiterfreunde“ ihren Leuten an Unterstufungsklassen aufzählen lassen, das wird den Arbeitern durch Abfordern und Lohnreduktionen zehnfach wieder abgeklopft. Und wenn die gelbe Arbeitererschaft das verhindern will, dann wird sie am letzten Ende, wenn alle Stricke reißen, zum Streik greifen müssen, genau so wie es die nichtgelbe Arbeitererschaft muß. Aber ein Streik in der Ehe, Herr Hofmeister, das wäre doch tödlicher ein Grund zu Scheidung. Drum sage ich nochmals: ein gelber Streik ist eine Utopie, ein Unbeing, denn mit dem Beginn des Streites wird der gelbe Verein zerfallen.

Und darum hat es auch sehr wenig für die gelben Arbeiter zu bedeuten, wenn der Bericht damit renommiert, daß das Vermögen des Arbeitervereins 750 Mk. pro Kopf betrage. Kommt es einmal zum Streik, dann kommt es zur Scheidung, und bei dieser Scheidung würden auch die Arbeitgeber als „bessere Hälfte“ der gelben Ehe, die bessere Hälfte des Vermögens herausfordern. Was sei denn, daß der Herr Schulz, der sich bei der Versammlung zum erstenmal vorstellte und sich bereit erklärte, dem gelben Verein sein „ganzes juristisches Wissen“ kostenlos zur Verfügung zu stellen, ein neues „Eherecht“ heranzusteuern, daß dem einzelnen Mitglied ein rechtlicher Anspruch auf das Vermögen des gelben Vereines zugesichert wird oder zum mindesten eine Bestimmung festgesetzt wird, daß bei einer Scheidung das Vermögen zu gleichen Teilen nur den Arbeitern zufällt.

Ueber das Verhältnis der gelben Vereine zu den anderen Organisationen plaudert der Bericht folgendes aus: „Wir wollen stets daran festhalten, daß es in den Werkstätten keinen Unterschied gibt zwischen den verschiedenen Organisationen und uns auch entgegenkommend verhalten gegen Andersdenkende.“ Wie nett sich das anhört, aber wie reimt das sich zusammen mit der Lage so mancher Arbeiter, die nur aus Rücksicht auf Alter und Familie dem gelben Verein beigetreten sind, um nicht entlassen zu werden. Und wie will man diese Toleranz-Beteuerung in Einklang bringen mit der Verurteilung des Herrn Dr. König, Syndikus des Verbandes der bayerischen Metallindustriellen, der auf der Tagung der Gesellschaft für soziale Reform am 5. März d. J. in Frankfurt ausführte, daß die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten sich nicht mit den Interessen von Handel und Industrie vereinen lasse. Und ein Herr Kaufmann vom Deutschen Technikerbund hatte auf der gleichen Tagung in Frankfurt ein Schriftstück in Händen, aus dem zu ersehen war, daß die Maschinenfabrik Augsburg-Mürnberg einen Techniker mit 90 Mark habe engagieren wollen, sobald er sich verpflichte, der Direktion Mitteilung zu machen, falls er in eine Organisation eintrete. Wie man hier bis auf den heutigen Tag (das Schriftstück datiert vom 1. Febr. d. J.) versucht, die Zugehörigkeit der technischen Beamten zu Organisationen genau zu überwachen, so geschieht dies auch gegenüber den Arbeitern mit dem ausgesprochenen Zweck, solche Arbeiter zu gegebener Zeit, natürlich aus Arbeitsmangel, abhändeln zu können. Mag auch die „Wehr“ die Duldsamkeit predigen, niemand ist darüber im Zweifel und die Spaken pfeifen es von allen Dächern, daß auch bei den gelben Werkleitungen der Bebel'sche Grundsatz gilt: Wer nicht pariert, der steigt.

Die „Wehr“ glaubt dann noch Veranlassung zu haben, sich über die Kampfesweise der gemäßigten, besonders auch der christlichen Gewerkschaftsbreite, zu beklagen, da sie sich in unwahren Behauptungen gegenüber den Gelben ergangen habe. Verschiedentlich seien Redakteure dieser Presse gerichtlich bestraft worden. Mag sein, daß ein einzelner in seiner Kritik dem Gesetz in die Maschen gerät, aber welcher Art, der ein höfisches Geschwür ausschneiden will, schneidet nicht manchmal zu tief. Wir müssen aber konstatieren, daß auch die „Wehr“ recht ruppig sein kann, spricht sie noch in dem Beitariffel in Nr. 10 von Gegnern, denen die Zuchthausmütze auf den Kopf gehöre. Wir wollen keineswegs so weit gehen und den Gelben die Zuchthausmütze zubilligen, aber wir müßten eine andere Kopfbedeckung, die den Gelben Hauptkränzen recht gut stehen würde, nämlich die Schlafmütze. Mit Unterstufungsklassen hat der gelbe Verein vom Werk Wugsburg seine Mitglieder einzukullen versucht, damit ja keiner merkte, daß Abfordern und Lohnreduktionen vorgenommen werden.

Wie lange noch werden die Gelben, irreführten Arbeiter solch Spiel mit sich treiben lassen? Müßten sie doch recht bald einsehen, daß nur eine Organisation wahrhaft ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten kann, die

unabhängig ist vom Unternehmertum und doch macht- voll und energisch die Arbeiterrechte wahr; das sind ein- zig und allein die christlichen Gewerkschaften.

Thale a. S. Die Fälle sind sehr häufig, daß Ar- beitgeber die Folgen des wirtschaftlichen Niederganges aus- schließlich auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen suchen. Die Arbeitgeber begreifen es wohl, daß es Fälle gibt, wo die arbeitende Bevölkerung im Interesse des Gewerbes einen Teil des Ausfalles mittragen muß. Ganz unsozial und rücksichtslos aber ist es, wenn Betriebe zu Lohnabzügen und sonstigen Verschlechterungen übergehen, ohne daß wirkliche Notwendigkeit dazu vorliegt.

Auch das häufige Stillenwerk scheint diesbezüg- lich nicht genügend Verständnis und Gerechtigkeit obwal- ten zu lassen. In der Abteilung Emailierwerk (Brennerei) wurde statt der bisherigen 12stündigen Schicht die 8stündige eingeführt mit einer dementsprechenden Reduzierung der Löhne. Man glaubte nun, daß bei He- bung des Geschäftsganges, die nach Ansicht der Arbeiter nunmehr eingetreten ist, speziell in dieser Branche, die Lohnreduzierungen in zureichender Weise für die Arbeiter geregelt würden. Bis jetzt ist aber noch nichts nach dieser Richtung hin verlaute. Arbeits- leistungen von 21 Schichten a 8 Stunden werden immer noch zu 19 Schichten a 10 Stunden verrechnet. Der Premier erzielt hierdurch einen Monatsverdienst von 76-80 Mk., ein Gehilfe von nur 55-60 Mk. Zudem werden noch er- höhte Anforderungen an die Arbeitsleistung gestellt, um die Produktion zu steigern. Es ist Tatsache, daß gegen- wärtig 11 Oefen soviel leisten, als bei der früheren Ar- beitszeit 16 Oefen.

Angesichts dieser Zustände wäre nun nach Ansicht aller verständigen Kollegen ein gemeinsames Vorgehen und Handeln aller Arbeiter unumgänglich notwendig. Un- bedingter Anstich waren aber einige Hirsch-Dunderferge Füh- rer, die am 28. Februar auf eigene Faust eine Betriebs- versammlung einberiefen, ohne die anderen Organisa- tionen zuzuziehen oder zu verständigen. Von unserer Seite wurde dieses Vorgehen mißbilligt und als die Interessen der Arbeiter schädigend gekennzeichnet. Der Beamte des H.-D. Verbandes hielt sein Vorgehen insofern für richtig, wie er ausführte, weil auch die sozialdem. Gewerkschaft- ler sowie die christlichen Verbände diese Taktik gebrauchten würden.

Die drei in Betracht kommenden Verbände, christl., S.-D. und sozialdem., verständigten sich dann aber dahin- gehend, daß gemeinsam an die Hilttenbirektion durch eine schriftliche Eingabe, welche von allen drei Richtungen zu unterzeichnen sei, herangetreten wurde. Die Arbeiter- schaft darf wohl in berechtigtem Interesse erwarten, daß ihren Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen wird. Soll der soziale Friede gefördert werden, so beseitige man die bestehenden Zustände. Eine Entscheidung, die zum Unterhalt der Familie ausreicht, darf der Arbeiter doch mit vollem Recht beanspruchen.

Wocholt. Unsere Ortsgruppe hielt am 26. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche leider nur schwach besucht war. Der Vorsitzende Kollege Hoffmann gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Geschäfts- jahr. Infolge der Bewegung auf der Eisfabrik J. B. Elsinghorst und der wirtschaftlichen Krise ist in der Orts- gruppe eine Stagnation eingetreten. Die Kollegen müssen in der Zukunft besser ihre Pflicht erfüllen, damit wir wieder vorwärtskommen. Der Kassenbericht ergab folgen- des Bild: die Gesamteinnahme betrug 844,80 Mk., die Aus- gabe 759,53 Mk., die Einnahme der Lokalfasse betrug 276,92 Mk., die Ausgabe 238,27 Mk. An Streifenlofen wurden 1833,60 Mk. verausgabt, an Krankenunterstützung wurden 450,93 Mk. und an Arbeitslosenunterstützung 172,61 Mk. ausbezahlt.

Versammlungen wurden abgehalten: 1 öffentliche, 20 Mitgliederversammlungen, 9 Vorstands- und Vertrauens- männerführungen. — In der nun folgenden Vorstandswahl wurden sämtliche Kollegen wiedergewählt, außerdem zwei neue Vertrauensleute. Hierauf hielt uns der Be- zirksleiter Franzen einen kurzen Vortrag über die Ver- gangenheit und die Aufgaben der Zukunft in der Ar- beiterbewegung. Nach einer kleinen Diskussion und einem kräftigen Appell des Vorsitzenden an alle Mitglieder, im neuen Jahre fleißig mitzuarbeiten, wurde die Versamml- ung geschlossen.

Stahnenbaum. Auf den Bahnhöfen werden geht es in letzter Zeit mehr wie toll zu. Fetterschichten auf Fetterschichten ohne ersichtlichen Grund und mit solcher Willkür, daß die Arbeiter garnicht wissen, woran sie eigentlich sind. Leider sind sie zum größten Teil in- different und müssen sich alles bieten lassen. Sie haben die Verbandbeiträge gesparrt — für den Unternehmer. Den Unorganisierten geschieht Recht, sie haben es nicht besser verdient; leider müssen die organisierten Kollegen mit darunter leiden.

Unter den Beamten des Werks ist aber ein eiserner Wesen dazwischen gefahren und will Auskehr halten. Eine ganze Reihe „patentierter Gewerkschaftsfreunde“ itegen jetzt vor's Tor, die früher an so manchem Arbeiter ihr Mü- ßen geküßt und ihn schikanieren haben. Jetzt itiegen sie selbst und zwar häufentweise. Ein Herr Betriebs- ingenieur, der bei jeder Kleinigkeit nur die Aufforde- rung an den betr. Arbeiter richtete: „Schmeißen Sie ihn (den Arbeiter) hinaus“, er wird jetzt selbst hinausge- schmissen. Die Nemesis hat ihn erreicht. Der „arbeiter- freundliche“ Herr ist gekündigt und mit Gehalt zur Dis- position gestellt. Ein netter aber wohlverdienter Ab- schied. Und gleichzeitig gehen noch 5, in Buchstaben fünf Meister in einem Schlag aufs Plaster. Jetzt können sie alle, insbesondere der Schweiß-raus-Ingenieur ein- mal ihr Gewissen erforischen über ihre Sünden, die sie an den Arbeitern begangen haben. Ob sie sich wohl jetzt an das schöne Sprichwort erinnern: Was du nicht willst, das man dir tue, das füg auch keinem andern zu! oder: Jede Schuld rächt sich auf Erden?

Ja, ja, ihr Herren Ingenieure und Meister, der Ka- pitalismus, dem ihr bis jetzt so treu ergebene Handlanger- dienste geleistet, kennt auch keine Rücksichten gegen euch. Wenn es in seinem Interesse liegt, itieat ihr ebenso im hohen Dogen aus den Werken wie ein Arbeiter. Darum lerni aus der Geschichte: Behandel die Arbeiter men- schenwürdig, respektiert deren Rechte, lehni auch an sie

und ihr werdet besser fahren, als wenn ihr euch zwischen zwei Stühle setzt und es auf den Boden anstößt. Das müget sich auch alle anderen Betriebsbeamten zu Herzen nehmen, die vielleicht heute glauben, daß sie eine gestrichelte Lebensstellung hätten.

Burbach. (Erzolge der Almosenvereine.) Die Mit- glieder unseres Verbandes haben im Sommer 1906 mit großem Interesse die Einigkeit der Kollegen in Burbach verfolgt. Infolge der Einigkeit im christlichen Metall- arbeiterverband erhielten dieselben per Schicht 0,20 bis 1 Mark höheren Lohn, was für die gesamte Arbeiterschaft etwa 359 650 Mark im Jahre ausmachte. Leider itiegen sich ein Jahr später mehr als die Hälfte betören, durch Diebstahlerei; und der Hilttenverein sollte nun mit Almosen helfen. 150 000 Mark wurde den Betrogenen als Almosen ausgehändigt. Dann kam das bide Ende nach in Gestalt von Lohnabzügen, die insgesamt eine halbe Million und mehr betragen. Heute müßten wohl viele wieder ihren alten Lohn haben, aber der Hiltten- verein ist nicht das Mittel, um Löhne zu erhöhen, wohl aber um sie herabzusetzen. Die „Saarpfost“ be- richtet aus Burbach vom 8. 3. 09:

„Der Vorstand und die Vertrauensleute des Hiltten- vereins der Burbacher Hiltte hatten am Samstag abend eine Versammlung, in der ihr „hoher“ Protektor, der Herr Generaldirektor Welsdorf, persönlich erschien, um den von ihnen gestellten Antrag auf höheren Lohn zu beant- worten. Ungefähr folgendes sagte der Herr zu seinen „Getreuen“: „Glück auf, Leute! An eine Lohnhöhung ist nicht zu denken, wir haben noch immer eine schlechte Konjunktur. Zudem sind die Eisenpreise gewaltig gestunken, jodas wir auch nichts verdienen. Die Arbeiter müssen sich mit den Beamten der Hiltte trösten, denn wenn es diesen schlecht geht, dann haben die Arbeiter auch nicht viel.“

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Lohn im Som- mer noch mehr reduziert werden muß. Auch die hohen Kollenspreise, woran die organisierten Vergleiche schuld sind, erschweren uns die Pro- duktion. Also gebuhet Euch, Glück auf, Leute!“ Mit langen Gesichtern sind die Gesandten der „Gelben“ abge- zogen; man sie waren wiederum in der „angenehmen“ Lage, ihren „gelben“ Kollegen mitzutellen: es bleibt beim alten. Die ablehnende Antwort des Herrn Ge- neraldirektors piffen bereits am Montag die Spaken von den Dächern. Der Herr Generaldirektor hat eins vergessen, nämlich den „Getreuen“ über die Geschäfts- lage der Hiltte Mitteilung zu machen, daß der „gelbe“ Hilttenverein mit dazu beigetragen hat, daß die Hiltte im Jahre 1908 trotz der wirtschaftlichen Krise 30 Pro- zent Dividende hat verteilen können; daß sie ferner in der Lage war, 3,13 Millionen Mark abzuschrei- ben und dem Vorsichtsfonds zu überweisen. Wenn solche Willen von seiten der Arbeitgeber an die „Gelben“ ver- abreicht werden, dann dürfte bald das gelbe Fieber ver- schwinden und der christliche Verband wieder Zuwachs bekommen.“

Die Mitglieder unseres Verbandes sind über diese „Er- folge“ der Gelben nicht erlaut. Schon 1907, als die ersten „Schlaunen“ ihre Beiträge „spendeten“, um die er- wünnene Lohnhöhung noch zu verbessern, ist denselben deutlich gesagt worden, was die Folgen ihrer seigen, un- edlen Tat sein würden. Möge diese Lektion allen Arbeitern zur Lehre dienen. Wer um Almosengeld, Freißler und Schindensbrüder seine Freiheit und das Wahlrecht verkauft, hat es sich selbst zuschreiben, wenn die bekannte jaarabische Peitsche wieder gebraucht wird.

Die Organisation der christlichen Arbeiter ist kein vor- übergehendes Hilfsmittel. Nur dauernde Einigkeit der Arbeiter sichert den Erfolg einer geregelten menschenwürdi- gen Arbeitsgelegenheit und sicheren Lohn. Darum merkt Euch diese Lehren!

Mülhausen i. G. In Nr. 8 u. 9 der sozialdem. Metallarbeiterzeitung“ hat sich Herr Groß, Beamter des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Mülhausen) bemüht, un- sere Kollegen Engel zu verächtigen. In Nr. 8 wird von Verleugnen des Kollegen Engel von seiten christlich Orga- nisiertes und in Nr. 9 wird von Desavouieren gefaselt. Wie Herr Groß dies alles beweisen will, wissen wir nicht, und er wird es auch nicht beweisen können.

Wenn nun aber Herr Groß meint, dadurch, daß er solche Artikel vom Stapel läßt, unserm Bezirksleiter das Vertrauen der Kollegen zu entziehen, irt er sich gewaltig. Die Hebereien in letzter Zeit gegen die Christlichen (über Engel schreibt man und die Ortsgruppe meint man), das Aneifen in der öffentlichen Versammlung am 27. Februar mit Herrn Vorhölzer hat uns zur Genüge bewiesen, daß es ihnen weniger um die Auseinandersetzung bezüglich des Streiks im Strebelwerk-Mannheim, jowie ihr Verhalten bei der Bewegung bei der Firma Ducommun zu tun war, als Kraftproben für Rabauzenern zu veranstalten, daß es vernünftigen Menschen anekeln mußte.

Wenn dann immer wieder von Schwindel und dergl. bezügl. des Kollegen Engel geschrieben wird, dann nur etwas Geduld. Herr Groß, die Sache wird aufgeklärt. — Bis dahin hat uns Kollege Engel noch nicht beschwindelt und wir itienten ihm unser Vertrauen in vollem Maße. Die Ortsverwaltung Mülhausen.

Jean Jehre

Oberhausen (Metall). Die Zustände auf der Gu- tehoffnungshiltte werden für die Arbeiter immer schlimmer und unhaltbarer. Erst vor kurzem haben wir über die Behandlung von unorganisierten Arbeitern seitens ihrer Vorgesetzten berichten können und heute sind wir über- mals dazu gezwungen. Im Turbinenbau der Gutehoff- nungshiltte in Sterkrabe glaubt der Meister Papst sich in Anspruch zu befinden, denn nicht allein durch sein rela- tiv hohes Schimpfwörter-Verköm will er seine Untergebenen zur Majon bringen, sondern er benutz auch noch die ruffische Krute dazu. Ein Verhör wurde vor einigen Tagen ganz gehörig mit einem Gummischlauch verprügelt. Als der- selbe sich beim Ingenieur darüber beschwerten wollte, schickte garnicht viel daran, dann wäre die Prozedur nochmals wiederholt worden.

Der letzten Tagen vorangegangene der Arbeiter Feiter Schmitz durch Einatmung von giftigen Gasen, derselbe wurde tot auf einer Kiste sitzend vorgefunden. Jetzt sucht man schon nach einem Grund, um die Schuld auf den

Arbeiter selbst abzuwälzen. Angeblich wurde ein Schornen Gas in seinem Spinn vorgefunden, dies soll nun der Grund des Unglücks sein. Den wirklichen Sachverhalt verschweigt man geflissentlich. Doch es nichts so sein gekommen, es kommt doch an das Licht der Sonne.

Der Arbeiter Schmitz war gezwungen, allein bei den Gasventilatoren zu arbeiten, wo sonst nicht unter zwei Mann arbeiten dürfen, also an einem Ort, wo den Arbeitern stets die Gefahr droht, durch giftige Gase betäubt zu werden, läßt die Gutehoffnungshiltte entgegen den be- stehenden Vorschriften nur einen Arbeiter in diesem ge- fährlichen Raume arbeiten und dieser muß dann noch, wie im „Fall Schmitz“, eine 24stündige Schicht leisten. Nachher verfuert die Gutehoffnungshiltte, die Schuld von sich auf die Arbeiter abzuwälzen.

Arbeiter der Gutehoffnungshiltte, wie lange wollt ihr noch unter solchen menschenunwürdigen Zuständen sitte stehen? — Jeder hat die Befandung, die er verdient. Mafft euch doch endlich auf und schließt euch dem christ- lichen Metallarbeiterverband an, damit ihr mit Nach- druck auf eine Verbesserung dieser Zustände hinarbeiten könnt.

Schw. Grund. (Berichtigung.) In dem General- versammlungsbericht in vor. Nummer hat sich ein Fehler eingeschlichen. Nicht 400, sondern 1500 Mk. Zuschuß hat die Zentralkasse im Jahre 1908 leisten müssen. Eingelant hat die Ortsverwaltung an die Hauptkaffe 800 Mk., jodas sie mit einer Unterbilanz von 700 Mk. abgeschlossen hat. Das Gesamtergebnis des Rechnungsabschlusses der Orts- gruppe Schw. Grund ist jomil noch unerfreulicher, wie es im Jahresbericht der vor. Nr. dargestellt war. Wenn man berücksichtigt, daß unter den enormen Ausgaben keine Unterstüßungen für Streiks resp. Massensperrungen ent- halten sind, so ergibt sich ohne weiteres, daß eine solche Finanzwirtschaft völlig unhaltbar ist und einer durch- greifenden Remedur bedarf.

Soziale Wahlen.

Mülhausen i. G. Bei der am 7. Februar getätigten Er- stwahl zum Gewerbegericht wurden für die Kandidaten des christlichen Gewerkschaftskartells rund 2200 für die des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells 8400 Stimmen abgegeben. Im Verhältnis haben beide Teile ungefähr in gleichem Maße zugenommen. Im Jahre 1905 erreichte die Liste des christlichen Kartells 1650 Stim- men, die sozialdemokratische 2020. Den sozialdemokra- tischen Gewerkschaften kam die Demonstration für das all- gemeine, geheime und direkte Wahlrecht zum Landesaus- schuß, die vom sozialdemokratischen Wahlverein wohl mit Absicht auf den Wahlag festgesetzt war, sehr zu statten.

Die Wahlbeteiligung in der Stadt war eine sehr starke, über 70 Proz. der Wähler machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Eingegen verjagten die Wähler aus den Land- gemeinden (es gehören deren 32 zum Gewerbebezirk Mül- hausen) fast vollständig. Hier gingen keine 5 Proz. zur Wahl. Hätten die Wähler der Landgemeinden ihre Pflicht erfüllt, so wäre die Wahl für das christliche Gewerkschaftskartell viel glünstiger ausgefallen. Die Schuld kann den Arbeitern aber nicht allein zugeschoben werden. In den meisten Orten hatten es die Bürgermeister unterlassen, die Arbeiter in die Wählerliste einzutragen. In einer einzigen Gemeinde, von 32, sind an die Wähler Wahl- karten ausgegeben worden. Auch die Vorjchrift, die das Erbsch-Lothringische Gewerbegerichtsgefes enthält, daß die Wähler alle in dem Orte, wo das Gericht seinen Sitz hat, wählen müssen, ist schuld, daß mancher Wähler von Lande nicht zur Wahl ging. Die meisten scheuten den weiten Weg.

Die Wahl hat auch bewiesen, daß das Interesse für soziale Wahlen auch in den katholischen Männervereinen wächst. Dieselben haben, viel mehr wie früher, sich aktiv an der Organisation und Agitation für die Wahl betei- ligt. Bleibt dies Interesse wach und nimmt es in den nächsten Jahren noch zu, so wird das Resultat bei der nächsten Wahl ein weit glünstigeres sein. Alles in allem können die christlichen Arbeiter Mülhausens mit dem Aus- fall dieser Wahl zufrieden sein. Diefelbe hat bewiesen, daß die christliche Arbeiterbewegung im Vormarsch be- greiffen ist. Es soll dies ein Anlaß zur weiteren Ver- wesen Tüchtigkeit für unsere Sache sein.

Sagen. Am Sonntag, den 7. März fand hier unter starker Beteiligung die Gewerbegerichts- wahl statt. Die Wahl erfolgt nach gebundenen Listen. Es beteiligten sich die Sozialdemokraten, die Hirsch-Dunderferge und die christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften erhielten 1067, die Sozialdemokraten 2266, die S.-D. 463 Stimmen. Die christlichen Gewerkschaften erhielten 4 Bei- sitzer (bisher 3, die Sozialdemokraten 8 (bisher 7), die S.-D. keinen (bisher 2) Beisitzer. Die christlichen Gewerkschaften können mit dem Ausfall der Wahl zufrieden sein, zumal das Baugewerbe sehr wenig Arbeiter beschäftigt. Sehr interessant war es, mit anzusehen, wie die Hirsch- Dunderferge Gewerbetreibende verjagten, Stimmen für sich zu fangen. Sie ituben auf großen gelben Plakaten unter der Firma „Nationale Arbeiter“ zur Stimmbilgung für ihre Liste ein. Auch die Presse stand ihnen ausgiebig zur Verfügung. Ferner waren sie schon vier Tage vor der Bekanntgabe der Listennummer im Besitz ihrer Nummer und mit einem Flugblatt auf dem Plan. Trotzdem auch hier — rückwärts.

Der Ausgang der Wahl zeigt aber, daß auch die Ge- wessen nicht die Massen besitzen, die sie der Allgemeinheit vorzuzulchten, daß noch genügend Arbeitermassen vorhan- den sind, die für unsere christlichen Gewerkschaften ge- kommen werden müssen. Dies muß unsere wichtigste Auf- gabe für die nächste Zukunft sein.

Soziales.

Zu dem Geschenkwurf betr. Arbeitskammern nahm das Ortskartell Freiburg i. S. in einer Versammlung Stellung und beschloß, dem Ver- treter Freiburgs im Reichstage zwecks Berücksichtigung bei der Beratung im Plenum in einem Schreiben

re Stellungnahme und Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Darin soll die grundsätzliche Stellungnahme der christlichen Arbeiter dargelegt und begründet werden. Als besondere Wünsche sollen die in der Essener Resolution eingelegten angeführt werden, und zwar:

1. Die Einbeziehung sämtlicher Arbeiter staatlicher Betriebe in das Gesetz.
2. Daß die Entscheidung über Errichtung des Bundesrates nicht den Landeszentralbehörden übertragen werden.
3. Eine Erweiterung der Befugnisse der Arbeitskammern, insbesondere bezüglich Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbe und Mitwirkung derselben bei Schaffung von Tarifverträgen.
4. Herabsetzung des Alters der Wahlberechtigten auf 21 und der Wählbarkeit auf 25 Jahre.
5. Wählbarkeit der Angestellten sowohl der Arbeiter- wie der Arbeitgeberorganisationen.
6. Die berufliche Gliederung mit der territorialen zu verbinden.

Zur gleichen Frage nahmen die christlichen Arbeiter in München in einer gut besuchten Versammlung am 5. März Stellung. Dem eindrucksvollen Referat des Sekretärs Funke folgte eine eingehende Diskussion. Dann wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der paritätische Arbeitskammern gefordert werden. Im übrigen deckt sich die Entscheidung mit der vorstehenden aus Freiburg.

Die christliche Arbeiterschaft Duisburg nahm in einer öffentlichen Kartellversammlung am 14. März zu der Arbeitskammerfrage Stellung. Reichstagsabgeordneter Kollege Schirmer hatte das Referat übernommen. Er konnte in seiner Eigenschaft als Mitglied der Reichstagskommission für die Beratung der Arbeitskammervorlage das Thema erschöpfend behandeln und fand starken Beifall. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Kollegen Bergmann und Fried beteiligten, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 14. März tagende öffentliche Versammlung des christl. Gewerkschaftsvereins Duisburgs und Umgebung erklärt sich grundsätzlich für paritätische Arbeitskammern, weil hier die Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter gesetzlich anerkannt wird. Weil für seinen gegenüber reinen Arbeiterkammern eine größere Gewähr für praktische Erfolge und eine Ausgleichung der bestehenden wirtschaftlichen Gegensätze bieten und so dem sozialen Frieden dienen können. In dem vorliegenden Gesetzentwurf betreff Arbeitskammern erblickt die Versammlung eine annehmbare Grundlage für die Schaffung einer solchen Institution. Wenn auch das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen der Arbeitskammer-Kommission nicht alle Erwartungen der christl. Arbeiter erfüllt hat, so spricht die Versammlung dennoch den Vertretern der christlich-nationalen Arbeiter im Reichstag und in der betreffenden Kommission ihren Dank aus in der Erwartung, daß sie auch bei den weiteren Beratungen des Gesetzes die Forderungen der christlich-nationalen Arbeiter mit allem Nachdruck vertreten.“

„Nach Feierabend“.
 Schon des öfteren mußten die Arbeiterblätter Veranlassung nehmen, vor der Zeitschrift „Nach Feierabend“ zu warnen; trotzdem hat das Blatt unter dem Arbeiterstand immer noch eine große Verbreitung. Mögen alle „Nach Feierabend“-Abonnenten aus folgender Notiz, die wir der „Frankfurter Ztg.“ entnehmen, ihre Konsequenz ziehen:

Mannheim, 18. Februar. Die Mißstände, die die sogenannten Abonnentenversicherungen bei Familienzeitungen wie „Nach Feierabend“ u. a. im Gefolge haben, veranlassen den ärztlichen Kreisverein Mannheim, seine Atteste für diese in Arbeiterkreisen sehr verbreiteten Unternehmungen mehr auszustellen. Das Publikum wird von vielen Mißbräuchen und Kolporturen dadurch zum Abonnieren veranlaßt, daß es in den irtümlichen Glauben versetzt wird, gegen Unfall versichert zu sein, wie etwa bei einer privaten Versicherungs-gesellschaft oder bei der staatlichen Unfallversicherung. Diese Zeitungen entschädigen aber nur Invalidität nach Unfall, dagegen keinen Unfall, der keine dauernden Folgen (von mindestens 10 Proz. Invalidität) hinterläßt. Infolge dieses Irrtums kommen die Ärzte, die korrekter Weise die Ausstellung von Attesten bei Unfällen ohne Dauerfolgen ablehnen, in Differenzen mit ihren Patienten.

Zu einer ähnlichen Stellungnahme wie der Kreisverein der Ärzte in Mannheim haben sich auch die Kreisvereine Karlsruhe und der benachbarte hessische Verein veranlaßt. Die Ärzte wollen also mit dieser zweifelhaften Versicherungseinrichtung nichts mehr zu schaffen haben. Denkende Arbeiter werden solchen Zeitungen mit aller Entschiedenheit die Türe verschlossen halten.

Literarisches.
Wirtschaftskrisen. Ein Vortrag des Herrn Dr. Bensch auf dem letzten Kurus der christlichen Gewerkschaftsfunktionäre ist in Broschürenform im christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Palmstr. 14, erschienen. Die Broschüre gliedert das Krisenproblem in drei Haupt-

gruppen: 1. Krisenursachen, 2. die hauptsächlichsten Krisen im 19. Jahrhundert, 3. Krisenpolitik. Die Darstellung ist außerordentlich populär und verständlich; jedenfalls dürfte kein zweites Schriftchen das schwierige Krisenproblem so knapp (64 Seiten) und doch allgemein übersichtlich und anschaulich behandeln, wie das vorliegende. Die Leser werden eingeführt in die außerordentlichen Komplikationen des Wirtschaftsorganismus in der Zeit des Weltmarktes, lernen die internationalen und vielfältigen Wirkungen der hauptsächlichsten Krisen im 19. Jahrhundert und die Schwierigkeiten, aber auch die Mittel kennen, wodurch die gewaltigsten Erschütterungen von dem Wirtschaftsleben abgemindert werden können. Das Schriftchen kostet im Buchhandel 50 Pfg., für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 20 Pfg. und eignet sich sowohl mit Rücksicht auf Preis und Inhalt zum systematischen Vertrieb, insbesondere an die Ortsvorstände und Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Ratingen. Die Aufnahme des eingelangten Klagebittens dürfte sich mit dem Hinweis auf den Artikel: „Versammlungspraxis“ in der vorliegenden Nr. erledigen. Den Ratingern sei die Lektüre desselben also besonders ans Herz gelegt. — Nach Bocholt. Für eine Einweisung von dort gilt das oben Gesagte ebenfalls. — Nach Remscheid. Die Adresse unseres Vertreters vor dem Reichsversicherungsamt ist: Peter Voeder, Berlin NW. 5, Beckelbergstraße 11. Steht übrigens auch im Hand- und Fußbuch der christlichen Gewerkschaften, was manchem Kollegen aber völlig unbekannt zu sein scheint. — Nach Nürnberg. Der Konferenzbericht mußte wegen Stoffmangel für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Ebenso noch mehrere Einwendungen. — Nach Gannstabt. Es wäre dem Nachwort zu viel Ehre erwiesen, Punkt für Punkt zu widerlegen. Eine allgemeine Kennzeichnung war schon geschrieben. Die findest Du in der vorliegenden Nummer.

Briefkasten der Verbandsleitung.

Nach Ulm. Wenn ein Mitglied in einem Jahre keinerlei Unterstützung bezogen hat, brauchen auf den Reiselegitimationen die vorher bezogenen Unterstützungen nicht vermerkt zu werden. Dasselbe ergibt sich ja aus den Bestimmungen des Statuts. — Straßporto mußte bei einer Briefzusendung bezahlt werden für Briefe aus Düren, Rattowitz, Meppen u. Wolfenbüttel. Es wiederholt sich eben das, daß eine Mark und halbes Straßporto bezahlt werden muß. Wir ersuchen deshalb alle Verbandsfunktionäre, auf die gezügeln Frankierung der Postsendungen mehr wie bisher achten.

Sterbetafel.

Akkfeld. Am 10. März starb unser Kollege Sch. König im Alter von 45 Jahren infolge eines Gehirnschlaglages.
Wülfelen. Nach langer, beinahe vierjähriger Krankheit starb am 4. März unser Kollege Duirn, Meister im Alter von 35 Jahren an Lungenschwindsucht.
Pforzheim. Unser Kollege Franz Jos. Futt starb am 7. März an einer Lungenentzündung im Alter von 58 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.
Nachen-Dürscheid. Sonntag, den 21. März, Monats-Versammlung um 11 Uhr im Lokale Jinsen, Dammstraße.
Ahlen. Sonntag, den 21. März, vormittags 11 Uhr: Versammlung mit Vortrag bei Wiggers, Weststraße. Referent: auswärtiger Kollege.
Akkfeld. Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, Versammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Burthard. und am Sonntag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr Versammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Becker bei Gastwirt Linge. Frauen sind freundlich eingeladen.
Bocholt. Sonntag, den 21. März nachm. 5 Uhr große öffentliche Versammlung. Um 8 Uhr Versammlung der Vorstands- und Vertrauensmänner bei Franz Jünging. — Sonntag, den 4. April Monatsversammlung für alle kleinen Berufe morg. 11 1/2 Uhr.
Bromberg. Sonnabend, den 20. März, abends 8 Uhr, im Lokal Schleife-Brinzenthal 4, außerordentliche Versammlung. Referenten: Reichstagsabgeordneter Kollege Becker, außerdem Kollege Winter, Berlin: „Arbeitskammern und deren Bedeutung für die Arbeiterschaft.“ Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen und möglichst viele indifferenten Christl. gesinnte Kollegen mitzubringen.
Chemnitz. Jeden ersten Dienstag im Monat Versammlung im Vereinslokal Restaurant Germania, Mittelstraße.
Fanzig. Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr in der Zimmerherberge Schülendam 42 große Metallarbeiterversammlung. Referent J. Winter über: „Freier“ Arbeitsvertrag Gewerkschaften und Tarifverträge.
Darmstadt. Freitag, den 26. März, abends 1/9 Uhr im Restaurant „Kreuz“ (Ede. Karl und Kiesstraße) Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: „Wie betreiben wir am vorteilhaftesten unsere Frühjahrsagitation.“ Referent: Kollege Wesp.
Dortmund. Sonntag, den 21. März, vormittags 11 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus.
Ortsverwaltung Duisburg II. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß jeden Samstag, abends punkt 8 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus bei Herrn Jansen (Bertr.: Fritz Soosten) Unterrichtskursus stattfindet. Die Kollegen werden gebeten, zahlreich daran teilzunehmen.

Duisburg-Laar. Sonntag, den 21. März, morgens 11 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag eines Kollegen von der Zentrale.
Duisburg-Beek. Sonntag, den 4. April, morgens 11 Uhr Versammlung bei Wollaten. Vortrag von Frau Niebach.
Duisburg-Meiderich. Sonntag, den 28. März, nachmitt. 4 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Hasekamp, Kaiserstraße.
Eisenach. Samstag, den 27. März, abends 9 1/2 Uhr Versammlung bei Syd.
Essen-Kray. Samstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Lokale Freitag, Grenzstraße.
Essen-Stadt. Sonntag, den 21. März, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Grenzstraße.
Essen-Mittelscheid. Sonntag, den 21. März, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Walney, Mittelscheidstraße.
Essen-Relinghausen. Sonntag, den 21. März, vormitt. 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Köpke, Hauptstraße.
Essen-Alteneffen. Sonntag, den 21. März, nachmittags 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Körner, Segerothstraße. Frauen sind freundlich eingeladen.
Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 21. März, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Klötgen, Frohnhauserstraße. Referent Kollege Reupke.
Essen (Schlosser und Schmiede des Kleingewerbe). Samstag den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße 19.
Essen-Votrop. Sonntag, den 28. März, nachmittags 3 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Trogemann.
Essen-Segeroth. Sonntag, den 28. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Büsch, Segerothstraße. Frauen sind freundlich eingeladen.
Frankfurt a. M. Unser Arbeitsnachweis befindet sich Schönstraße 22 beim Kollegen Rudolf Reubel. Geöffnet mittags von 12—1 und abends von 7—8 Uhr.
Grandenz. Sonntag, den 21. März, öffentliche Versammlung. Referenten: Reichstagsabgeordneter Becker und Kollege Winter-Berlin.
Hamm-Norden. Am 21. März, vorm. 11 Uhr bei Hof in Bodumerweg. Referent Kollege Windrenner.
Hamm-Berge. Am 21. März abends 6 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag.
Hamm-Westkünen. Am 21. März nachm. 4 Uhr bei Helmut Versammlung mit Vortrag.
Hamm-Marx. Sonntag, den 21. März vorm. 11 Uhr bei Dieckhoff Versammlung mit Vortrag.
Hamm-Osten. Am 21. März, nachm. 5 Uhr bei Milles Versammlung mit Vortrag.
Ortsverwaltung Hagen i. W. Den Kollegen zur Nachricht, daß die Geschäftsstelle unseres Verbandes sich im Hause des Herrn Witten (vormals Piepenbrock), Straße 72 befindet. Dieselbe ist mit Ausnahme Donnerstags und Sonntags, jeden Tag vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 4—8 Uhr geöffnet.
Häpfe. Sonntag, den 28. März, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Weber. Vortrag des Stadtverordneten Hamel aus Hagen.
Hoppcke. Am Donnerstag, den 25. März (Maria Verkündigung) nachm. 4 Uhr öffentliche Versammlung mit Vortrag des Kollegen Weinbrenner.
Leugelsheim. Sonntag, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Saale des Herrn Winkelmann.
Mülheim-Rhein [Drahtziehersektion]. Sonntag, den 21. März morgens 10 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Siebert, Gladbacherstraße.
München. Sonntag, den 21. März, vormittags 10 Uhr im Kolleggarten Monatsversammlung mit Referat des Kollegen Dopler aus Nürnberg.
Nieder-Golthe. Sonntag, den 28. März nachm. 4 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Hamer.
Oßberg. Sonntag, den 21. März, abends 7 Uhr in Biebringhausen. Donnerstag, den 25. März, mittags 12 Uhr in Bigge bei Hellermann Versammlung. Referent: Bezirksleiter Kollege Weinbrenner. Unorganisierte mitbringen.
Oßberg-Lippe. Am Donnerstag 25. März (Maria Verkündigung) m. 12 Uhr in Lippe Versammlung mit Vortrag des Kollegen Weinbrenner.
Radevormwald. Samstag, 20. März, Versammlung. Wegen wichtiger Vorkommnisse am Orte muß alles ausfallen.
Ratingen. Sonntag, den 21. März, abends 1/8 Uhr Versammlung mit Frauen im Vereinslokal. Es werden Darbietungen ernst und heiteren Inhalts geboten wie bei denen auch ein auswärtiger Herr mitwirken wird.
Schnefferich. Donnerstag, den 25. März, nachmittags 3 Uhr im „Osten“ Saal mit den anderen Ortsgruppen gemeinsame Festversammlung mit Lichtbilder-Vortrag. Referent Gebhardt aus Schmäh-Gmünd.
Sveit. Sonntag, 21. März, vormittags 10 Uhr bei Koerdt Versammlung mit Vortrag.
Siegen. Die nächste Monatsversammlung mit Vortrag findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr im Vereinslokal Demandt statt.
Wallau. Sonntag, den 21. März nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Kroh zu Niederlasphö öffentliche Gewerkschafts-Versammlung. Referent: Kollege Schmitz-Köln. — Abends 8 Uhr: Vorstands- und Vertrauensmännerfrühung in Wallau im Vereinslokal.
Wülfelen. Sonntag, den 21. März, abends 6 Uhr Versammlung bei Schümmer an der Kirche. Thema: Wie gewinnen wir die „Jugend“ für die Organisation?
Wiemeringhausen. Mittwoch, 24. März abends 7 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag.

General-Versammlung des Konsumverein Selbsthilfe zu Feintrop.

Sonntag, den 4. April, nachmittags 5 Uhr bei Bierzemann
 Tages-Ordnung:
 1. Quartalsbericht.
 2. Statutenabänderung.
 3. Berichtenes.

Die von mir gegen den Vorstand des christl. Metallarbeiter-Verbandes Ortsgruppe Kl. Steinheim ausgesprochenen Veleidigung nehme ich hierdurch unter dem Ausdruck des Bedauerns als u u w a h r zurück.

Ernst Roth.